



Der Verkehrsausschuss und seine Arbeit in der 20. Wahlperiode



Die Mitglieder des Verkehrsausschusses, © DBT/Inga Haar



Inhalt

I.	Einleitung	4
II.	Mitglieder	6
III.	Konstituierung	10
IV.	Statistik	11
V.	Beratungsgegenstände	13
1.	Gespräche mit dem Bundesminister für Digitales und Verkehr	13
2.	Europäische Union	14
3.	Eisenbahn	14
4.	Regionalisierungsmittel / Deutschlandticket	28
5.	ÖPNV	32
6.	Straßenverkehr	32
7.	Güterkraftverkehr und Logistik	35
8.	Lkw-Maut	38
9.	Fahrradverkehr	40
10.	Schifffahrt	40
11.	Luftverkehr und Satelliten	43
12.	Verkehrsinfrastruktur	46
13.	Planungsrecht	48
14.	Verkehrsprognosen	49
15.	Klimaschutz im Verkehrssektor	49
16.	Elektromobilität	50
17.	Verbrennungsmotor	51
18.	Alternative Kraftstoffe	52
19.	Verkehrslärm	53
20.	Barrierefreiheit	53
21.	Ukraine	54
22.	Mobilitätsdaten	54
23.	Haushalt	54
24.	Bundesministerium für Digitales und Verkehr	55
25.	Deutsche Zentrum für Mobilität der Zukunft	55
26.	Deutscher Wetterdienst	55



VI.	Aktivitäten außerhalb der Sitzungen	59
1.	Gespräche im Vorsitzendenformat.....	59
2.	Weitere Veranstaltungen und Gespräche.....	59
3.	Internationale Kontakte.....	60
	Delegationsreisen	60
	Gesprächstermine.....	62
	Anhang 1 – Übersicht der Ausschussmitglieder.....	64
	Ordentliche Mitglieder	64
	Stellvertretende Mitglieder	68
	Anhang 2 – Federführend überwiesene Gesetzentwürfe und Anträge	72



I. Einleitung

Auch in der 20. Wahlperiode hat der Deutsche Bundestag wieder einen ständigen Ausschuss eingesetzt, dessen Aufgabe es war, sich mit dem Thema „Verkehr“ zu befassen. Erstmals seit dem Jahr 1998 war dieser Ausschuss nur für einen Themenbereich zuständig. Der andere Themenbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr wurde durch den Ausschuss für Digitales betreut.

Der Beginn der Arbeit des Verkehrsausschusses in der 20. Wahlperiode fiel noch in die Zeit der Corona-Pandemie. Ausschusssitzungen fanden in diesem Zeitraum vorwiegend in einem Hybrid-Format mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Saal sowie Teilnahme über eine Videokonferenz statt. Möglichkeiten für Aktivitäten des Ausschusses außerhalb von Sitzungen waren während der Dauer der Corona-Pandemie stark vermindert.



Abbildung 2: © DBT/Inga Haar

Mit dem Auslaufen der Sonderregelungen der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zur Corona-Pandemie sowie durch Änderungen der Geschäftsordnung für die Zeit ab dem Jahr 2023 ergaben sich auch geänderte Rahmenbedingungen für die Ausschussarbeit. Die in der Corona-Zeit etablierte Möglichkeit, dass auch Ausschussmitglieder unter Nutzung digitaler Kommunikationsmittel an Sitzungen teilnehmen können, war mit der neuen Geschäftsordnung nur noch in Ausnahmefällen



zulässig. Der Verkehrsausschuss ermöglichte aber auch weiterhin für andere Teilnahmeberechtigte nichtöffentlicher Sitzungen die Teilnahme über ein Webkonferenzsystem in der Rolle als Zuhörerinnen und Zuhörer. Im Regelfall tagte der Ausschuss weiter in nichtöffentlicher Sitzung. Protokolle nichtöffentlicher Sitzungen wurden bzw. werden aber nun spätestens ein Jahr nach der Sitzung veröffentlicht. Für öffentliche Sitzungen wurde eine Übertragung im Internet zum Regelfall.

Die Beendigung der Ampelkoalition im November 2024 und das vorzeitige Ende der 20. Wahlperiode im März 2025 hatten auch erhebliche Auswirkungen auf die Arbeit des Verkehrsausschusses. Zahlreiche Vorlagen – auch Gesetzentwürfe –, die bereits auf den Weg gebracht worden waren, wurden nicht mehr an den Ausschuss überwiesen bzw. dort nicht mehr beraten und die Zahl neuer Initiativen nahm ab.

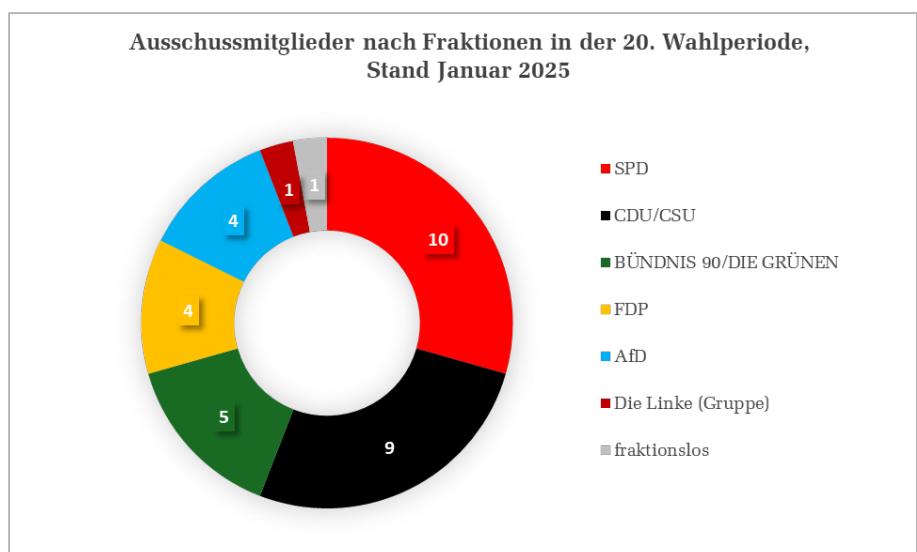
Der Ausschuss hat – auch unter den erwähnten Bedingungen – in der 20. Wahlperiode wieder eine große Zahl von Vorlagen beraten und u. a. zahlreiche wichtige Gesetze verabschiedet. Zudem hat er sich im Rahmen von fast 200 sogenannten Selbstbefassungen über viele Themen aus seinem Geschäftsbereich ausführlich informiert. Besonders wichtige Themen der 20. Wahlperiode waren u. a. das Deutschlandticket, die Sanierung der Schieneninfrastruktur, der Zustand und die Sanierung von (Straßen-)Brücken sowie der Güterkraftverkehr.

In den folgenden Ausführungen wird ein Überblick über die wichtigsten Beratungen und Beschlüsse des Ausschusses sowie über seine Aktivitäten außerhalb der Sitzungen gegeben. Die wesentlichen öffentlich zugänglichen Dokumente, die den Beratungen zugrunde lagen bzw. die deren Ergebnis waren, sind im Text aufgeführt und in der digitalen Version auch verlinkt. Zudem sind zum Teil Links auf zusammenfassende Darstellungen der Vorlagen und der Beratungsergebnisse in Kurzmeldungen („heute im bundestag“ (hib)) enthalten.



II. Mitglieder

Der Verkehrsausschuss hatte in der 20. Wahlperiode zuletzt 33 ordentliche und 33 stellvertretende Mitglieder (10 SPD, 9 CDU/CSU, 5 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 4 FDP, 4 AfD und 1 Die Linke) sowie ein beratendes (fraktionsloses) Mitglied.



Zu Beginn der 20. Wahlperiode hatte der Ausschuss 34 ordentliche und 34 stellvertretende Mitglieder.

Durch Austritte aus der Fraktion Die Linke und die Selbstauflösung dieser Fraktion am 6. Dezember 2023 änderte sich die Zusammensetzung des Verkehrsausschusses. Der ab dem 6. Dezember 2023 fraktionslose Abgeordnete Bernd Rixinger wurde von der Präsidentin als beratendes Mitglied des Verkehrsausschuss benannt.

Die Zahl der Ausschussmitglieder verringerte sich durch einen Beschluss des Plenums vom 2. Februar 2024 auf jeweils 33 ordentliche und 33 stellvertretende Mitglieder. Nach den Beschlüssen des Deutschen Bundestages über die Rechtsstellung der parlamentarischen Gruppen Die Linke und BSW¹ erhielt die Gruppe Die Linke im Verkehrsausschuss jeweils ein ordentliches und ein stellvertretendes Mitglied. Abgeordneter Bernd Rixinger wurde ordentliches Mitglied für die Gruppe Die Linke, Abgeordnete Ina Latendorf stellvertretendes Mitglied. Nach Austritt des Abg. Dr. Dirk Spaniel aus der Fraktion der AfD schied dieser aus dem Verkehrsausschuss aus. Aufgrund einer entsprechenden Benennung durch die Präsidentin gehörte er ab 19. November 2024 als fraktionsloser Abgeordneter zusätzlich dem Ausschuss als beratendes Mitglied an.

¹ vgl. Drucksachen [20/10219](#), [20/10220](#)



Vorsitzender des Ausschusses war in der 20. Wahlperiode
Udo Schieffner, MdB (SPD),



© photothek

stellvertretende Vorsitzende war
Nyke Slawik, MdB (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).



© Nyke Slawik/Leonie Braunschweig

Obleute der Fraktionen waren (Stand Ende der Wahlperiode):

Isabel Cademartori, MdB, für die Fraktion der SPD,



© Isabel Cademartori/Tobias Schult



Thomas Bareiß, MdB, für die Fraktion der CDU/CSU,



© Thomas Bareiß/ Tobias Koch

Susanne Menge, MdB, für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,



© Susanne Menge/Ilker Evcan

Bernd Reuther, MdB, für die Fraktion der FDP,



© Bernd Reuther/Maike Maier macamoca



Wolfgang Wiegle, MdB, für die Fraktion der AfD und



© Wolfgang Wiegle

Bernd Riexinger, MdB, für die Gruppe Die Linke.



© Foto- und Bildstelle DBT

Eine Liste aller Mitglieder des Verkehrsausschusses enthält
Anhang 1 – Übersicht der Ausschussmitglieder.



III. Konstituierung

Die Konstituierung des Verkehrsausschusses für die 20. Wahlperiode erfolgte am 15. Dezember 2021 unter Vorsitz von Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau, MdB. Die Konstituierung des Ausschusses geschah noch unter den Bedingungen der Corona-Pandemie. In der Sitzung wurde Abg. Udo Schiefner in geheimer Wahl mit 33 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme zum Vorsitzenden des Ausschusses bestimmt.



Abbildung 3: Konstituierung des Verkehrsausschusses am 15. Dezember 2021,
© DBT/Tobias Koch

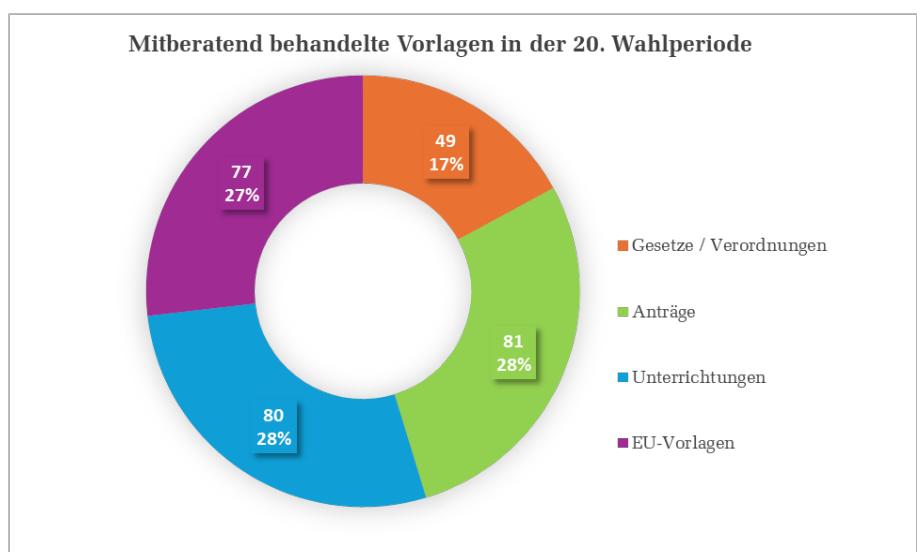
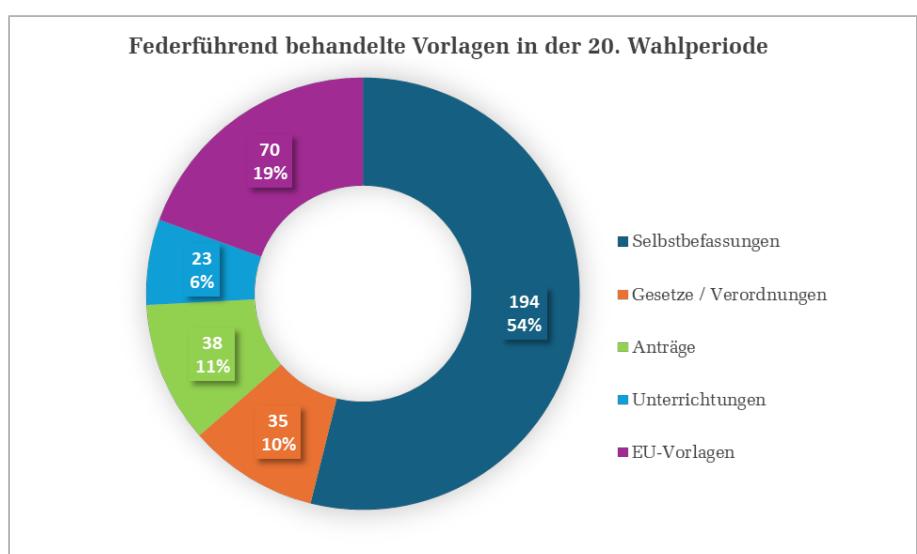


Abbildung 4: Vizepräsidentin Petra Pau leitet die Konstituierung,
© DBT/Tobias Koch



IV. Statistik

Der Ausschuss hat in der verkürzten 20. Wahlperiode insgesamt **453 Vorlagen beraten**, die ihm überwiesen wurden. Bei 166 Vorlagen war er federführend, bei 287 Vorlagen mitberatend. Vier Vorlagen (Bundeshaushalt) hat er gutachtlich beraten. Daneben hat sich der Ausschuss im Rahmen von 194 Selbstbefassungen über Themen aus seinem Arbeitsbereich informiert. Von den 84 Gesetzentwürfen und Verordnungen, die er insgesamt behandelt hat, war er bei 35 federführend. Die Zahl der ihm überwiesenen Anträge lag bei 119, davon 38 federführend. Es wurden ferner 103 Unterrichtungen behandelt, davon 23 federführend. Der Ausschuss hat zudem 147 EU-Vorlagen behandelt, davon 70 federführend.





Die Mitglieder des Ausschusses haben sich zu **insgesamt 95 Sitzungen** getroffen, 24 davon waren öffentliche Anhörungen. In den Sitzungen hat der Ausschuss zudem eine Reihe von Expertengesprächen geführt und zu insgesamt 15 Tagesordnungspunkten weitere 19 externe Gäste begrüßen können. An insgesamt acht Ausschusssitzungen nahm der Bundesminister für Digitales und Verkehr Dr. Volker Wissing teil.

Die Obleute des Ausschusses haben zudem **54 Obleutebesprechungen** geführt. Diesen ging in der Regel jeweils am Montag einer Sitzungswoche ein Fraktionsreferentengespräch voraus, in dem die koordinierenden Fraktionsreferenten, Vertreter des Bundesverkehrsministeriums und das Ausschussekretariat die Ausschusssitzungen bzw. die Obleutebesprechungen am Mittwoch einer Sitzungswoche vorbereitet haben.



V. Beratungsgegenstände

1. Gespräche mit dem Bundesminister für Digitales und Verkehr



Abbildung 5: Gespräch im Verkehrsausschuss mit Bundesminister Dr. Volker Wissing am 25. September 2024, © DBT/Inga Haar

Bei verschiedenen Gelegenheiten stand der Bundesminister für Digitales und Verkehr Dr. Volker Wissing dem Ausschuss für einen Gedankenaustausch, Informationen sowie die Beantwortung von Fragen zur Verfügung. Aus Anlass der parlamentarischen Haushaltsberatungen, an denen der Verkehrsausschuss stets gutachtlich beteiligt war, stellte Bundesminister Dr. Wissing jeweils den Haushalt seines Ministeriums (insbesondere den Einzelplan 12) vor.

Erstmals fand am 16. Februar 2022 ein Gespräch mit Bundesminister Dr. Wissing im Verkehrsausschuss statt. Dabei ging es unter anderem um die verkehrspolitischen Ziele der Bundesregierung, den Klimaschutz im Hinblick auf den Verkehrssektor und den Ausbau des Schienennetzes.²

Am 6. April 2022 stellte der Minister im Rahmen der Beratungen zum Haushaltsgesetz 2022 den Einzelplan 12 vor. Am 5. August 2022 nahm er an den Beratungen zum Haushaltsgesetz 2023 im Verkehrsausschuss teil.

² hib [61/2022](#)



In der Sitzung am 13. April 2023 fand ein Gespräch mit Bundesverkehrsminister Dr. Wissing zur Verkehrspolitik der Bundesregierung statt. Ein wichtiges Thema war dabei die vom BMDV im März 2023 vorgestellte Verkehrsprognose³. Am 18. August 2023 ging es bei der Teilnahme des Ministers an der Ausschusssitzung um das Haushaltsgesetz 2024. Ein weiteres Gespräch führte der Ausschuss am 24. April 2024 mit dem Bundesverkehrsminister. In der Ausschusssitzung am 16. August 2024 stellte der Minister im Rahmen der Beratungen zum Haushaltsgesetz 2025 den Einzelplan 12 vor. Bundesminister Dr. Wissing nahm dann an der Ausschusssitzung am 7. November 2024 teil. Bei dem Gespräch ging es vor allem um die Folgen des Bruchs der Ampelkoalition für den Verkehrsbereich.⁴

2. Europäische Union

Ratstagungen

Über die gesamte Wahlperiode hat sich der Ausschuss in zahlreichen Sitzungen mit den Tagungen des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie (Teil: Verkehr) befasst. Er hat sich zu den Ratstagungen jeweils Vor- und Nachberichte der Bundesregierung geben lassen und hat diese debattiert.

Gespräch mit der EU-Kommissarin für Verkehr Adina Vălean

In seiner 29. Sitzung am 14. Dezember 2022 hat der Verkehrsausschuss ein Gespräch mit der damaligen EU-Kommissarin für Verkehr Adina Vălean über aktuelle verkehrspolitische Fragen im Format einer Videokonferenz geführt.

3. Eisenbahn

Die Eisenbahnpolitik bildete auch in der 20. Wahlperiode wieder einen der Schwerpunkte der Arbeit des Verkehrsausschusses.

Der **grenzüberschreitende Schienenpersonenverkehr** wurde am 6. April 2022 angesprochen. Beraten wurde hierzu die „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat, Aktionsplan zur Förderung des Schienenpersonenverkehrs auf Fern- und grenzüberschreitenden Strecken“ (Ratsdok.-Nr. 15146/21).

³ hib [277/2023](#)

⁴ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der AfD „Minister ohne Führung und ohne Geld“



Die Bundesregierung brachte im Jahr 2023 den „**Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes an die Verordnung (EU) 2021/782 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2021 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr**“ ein.⁵ Der Gesetzentwurf diente vor allem dazu, das Allgemeine Eisenbahngesetz (AEG) an Änderungen im europäischen Eisenbahnrecht anzupassen. So sollte die Verpflichtung für Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) und Bahnhofsbetreiber in das AEG aufgenommen werden, eine gemeinsame, zentrale Anlaufstelle für Fahrgäste mit Behinderung oder eingeschränkter Mobilität einzurichten. Weiterhin sollten EVU verpflichtet werden, eine Möglichkeit der elektronischen Kommunikation für die Einreichung von Erstattungs- und Entschädigungsanträgen anzubieten. In einer öffentlichen Anhörung, die der Verkehrsausschuss zu diesem Gesetzentwurf am 17. April 2023 durchgeführt hat, wurde die geplante Umsetzung der europarechtlichen Vorgaben durch den Gesetzentwurf unterschiedlich bewertet. Wegen Einzelheiten wird auf die hib-Meldung 265/2023 und die Informationen im Webangebot des Ausschusses hingewiesen⁶. Der Ausschuss hat dem Plenum die Annahme des Gesetzentwurfs mit Änderungen empfohlen.⁷

Die Fraktion DIE LINKE. brachte den Antrag „**Straßenbau auf den Prüfstand – Vorrang für den Ausbau der Schiene**“ in den Deutschen Bundestag ein⁸. Mit dem Antrag sollte die Bundesregierung aufgefordert werden, den Neu- und Ausbau von Bundesautobahnen schnellstmöglich zu stoppen. Wegen knapper Planungs- und Baukapazitäten und aufgrund der finanzpolitischen Lage sollten gemäß diesem Antrag die Infrastrukturvorhaben der drei Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraße priorisiert werden, wobei der nötige Ausbau der Schienenwege Vorrang haben sollte. Der Verkehrsausschuss hat den Antrag mehrheitlich abgelehnt und dem Plenum eine entsprechende Beschlussfassung empfohlen.⁹

Die künftige Schienenverkehrspolitik war Inhalt des im Mai 2023 von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Antrags

⁵ Drucksache [20/5628](#)

⁶ hib [265/2023](#) und [Informationen zur Anhörung im Webangebot des Ausschusses](#)

⁷ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/7146](#)

⁸ Drucksache [20/6316](#)

⁹ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/7711](#)



„Umsetzung der Empfehlungen der Beschleunigungskommission Schiene“¹⁰ Den Hintergrund des Antrags bildete der Abschlussbericht der Beschleunigungskommission Schiene, der im Dezember 2022 vorgelegt wurde und der Handlungsempfehlungen auf fünf Feldern zur schnellen Verbesserung des Schienennetzes enthält. Der Antrag zielte darauf ab, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern sollte, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bestimmte Maßnahmen in diesen Handlungsfeldern zu ergreifen. Von der Mehrheit des Ausschusses wurde die Ablehnung des Antrags empfohlen.¹¹

Die Bundesregierung hat im September 2023 einen „**Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes**“ eingebracht.¹² Vorrangig sollten mit dem Gesetz zusätzliche Finanzierungsoptionen im Bundesschienenwegeausbaugesetz, das die rechtliche Grundlage für Investitionen in den Aus- und Neubau von Schienenwegen der Eisenbahnen des Bundes ist, geschaffen werden. Damit sollten erhöhte Investitionen in die bestehende Infrastruktur ermöglicht werden, ohne gleichzeitig auf eine reine Nutzerfinanzierung und damit hohe Nutzerentgelte setzen zu müssen. Dazu hat der Verkehrsausschuss am 9. Oktober 2023 eine öffentliche Anhörung durchgeführt.¹³ Der Verkehrsausschuss empfahl die Annahme des Gesetzentwurfs mit Änderungen sowie die Annahme eines Entschließungsantrags, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Schienenninfrastruktur in Deutschland zu umzusetzen.¹⁴

Die Zukunft der DB war das Thema eines Antrags der Fraktion der CDU/CSU „**Schiene in die Zukunft führen – Deutsche Bahn AG neu aufstellen**“¹⁵ sowie eines Antrags der Fraktion der AfD „**Die Deutsche Bahn AG zielgerichtet und wirkungsvoll reformieren**“¹⁶. Während gemäß dem Antrag der CDU/CSU-Fraktion die Bundesregierung aufgefordert werden sollte, eine grundlegende, strukturelle und organisatorische Neuauflistung der DB auf den Weg zu bringen, sollte die Bundesregierung gemäß dem Antrag der AfD-Fraktion aufgefordert werden, grundlegende

¹⁰ Drucksache [20/6704](#)

¹¹ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/7386](#)

¹² Drucksache [20/8288](#)

¹³ hier [725/2023](#) und [Informationen zur Anhörung im Webangebot des Ausschusses](#)

¹⁴ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/10414](#)

¹⁵ Drucksache [20/7350](#)

¹⁶ Drucksache [20/7197](#)



Möglichkeiten darzustellen, wie die Infrastrukturteile der DB vom restlichen Konzern getrennt werden könnten. Auch zu diesen Anträgen führte der Verkehrsausschuss am 9. Oktober 2023 eine öffentliche Anhörung durch, in die auch der bereits erwähnte Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes¹⁷ einbezogen wurde. In der abschließenden Ausschussberatung wurde von den Koalitionsfraktionen auch auf laufende und bereits umgesetzte Maßnahmen, die die DB betreffen, verwiesen. Die Mehrheit des Ausschusses empfahl, beide Anträge abzulehnen.¹⁸

Neben der grundsätzlichen Ausrichtung der Schienenverkehrs-politik hat sich der Verkehrsausschuss im Rahmen überwiesener Vorlagen auch mit konkreten Infrastrukturvorhaben be-schäftigt.

So beriet der Ausschuss etwa über die Unterrichtung durch die Bundesregierung „**Bericht über das Ergebnis der Vorplanung und der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung zur Ausbaustrecke/Neubaustrecke Hamburg – Lübeck – Puttgarden – Drucksachen 19/19500, 19/19655 Nr. 7, 19/20624 – Stand der Umsetzung des Beschlusses im Hinblick auf den Trassenverlauf in Sierksdorf**“¹⁹. In der Beratung wurden übergesetzliche Lärmschutzmaßnahmen im Zuge der Realisierung des Infrastrukturvorhabens diskutiert. Einen über die Kenntnisnahme hinausgehenden Beschluss hat der Verkehrsausschuss zu dieser Vorlage nicht gefasst.

Auch die Unterrichtung durch die Bundesregierung „**Bericht über das Ergebnis der Vorplanung und der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung ABS Paderborn – Halle (Kurve Mönchehof – Ihringshausen) „Kurve Kassel“**²⁰“ wurde vom Verkehrsausschuss beraten. Nach ausführlicher Debatte nahm er die Unterrichtung zur Kenntnis und beschloss mit Mehrheit, die Annahme eines Entschließungsantrags zu empfehlen, mit dem die Bundesregierung aufgefordert werden sollte, das Vorhaben unter Beachtung konkreter Vorgaben etwa zum Lärmschutz oder im Hinblick auf die Beseitigung bestimmter Bahnübergänge umzusetzen.²¹

¹⁷ Drucksache [20/8288](#)

¹⁸ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/10413](#)

¹⁹ Drucksache [20/5381](#)

²⁰ Drucksache [20/7777](#)

²¹ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/10660](#)



Einige der Vorlagen, die dem Verkehrsausschuss zur federführenden Beratung überwiesen wurden, konnten aufgrund der vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode jedoch nicht abschließend bearbeitet werden.

Das gilt etwa für den Antrag der Fraktion der CDU/CSU „**Brenner-Nordzulauf im Landkreis Rosenheim – Planungsalternativen prüfen**“²², mit dem die Bundesregierung aufgefordert werden sollte, die nördliche Zulaufstrecke zum Brenner-Basistunnel unter Beachtung konkreter Realisierungsmaßgaben, wie etwa die Unterquerung der Inn, umzusetzen. Am 16. Oktober 2024 führte der Ausschuss dazu zwar noch eine öffentliche Anhörung durch.²³ Eine abschließende Beratung der Vorlage fand in der 20. Wahlperiode aber nicht mehr statt, so dass der Antrag gemäß § 125 der Geschäftsordnung der Diskontinuität anheimfiel.

Ähnliches gilt für den Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des § 23 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes**“²⁴, den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU „**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Freistellungsvoraussetzungen des § 23 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes**“²⁵ und für den von der Fraktion der FDP eingebrachten „**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Freistellung von Bahnbetriebszwecken des Allgemeinen Eisenbahngesetzes**“²⁶.

Diese Gesetze enthielten unterschiedliche Ansätze, um eine frühere Änderung des § 23 AEG zu modifizieren, die es erschwerte, für Eisenbahnbetriebszwecke gewidmete Grundstücke, freizustellen, um sie anderen Nutzungen, wie etwa der Bebauung, zuzuführen. Zu dem genannten Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU führte der Ausschuss am 2. Dezember 2024 noch eine öffentliche Anhörung durch.²⁷ Eine abschließende Beratung der Gesetzentwürfe fand jedoch nicht mehr statt.

Der Ausschuss hat sich auch mit zwei **Nachtragsentwürfen zu der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung III** (LuFV III) befasst. Bei der LuFV III handelt sich um eine vertragliche Re-

²² Drucksache [20/11622](#)

²³ hib [710/2024](#) und [Informationen zur Anhörung im Webangebot des Ausschusses](#)

²⁴ Drucksache [20/14237](#)

²⁵ Drucksache [20/13358](#)

²⁶ Drucksache [20/14256](#)

²⁷ hib [833/2024](#) und [Informationen zur Anhörung im Webangebot des Ausschusses](#)



gelung zwischen der Bundesrepublik Deutschland, den Eisenbahninfrastrukturunternehmen des Bundes sowie dem DB Konzern. Sie beinhaltet Maßnahmen, die der Erhaltung und der Verbesserung des Zustands der Schienenwege des Bundes dienen. Den **1. Nachtrag** zur LuFV III hat der Verkehrsausschuss in seiner Sitzung am 26. Juni 2024 beraten und ihm mit Mehrheit zugestimmt.

Den **2. Nachtrag** hat er in seiner Sitzung am 18. Dezember 2024 beraten und hat dazu auch einen Vertreters des Bundesrechnungshofs gehört. In die Beratung einbezogen wurden auch der Bericht des Bundesrechnungshofes „Neuausrichtung der Schienenverkehrsinfrastruktur; Bewertung des Entwurfs des aktuellen Nachtrags zur Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung III“ sowie der Bericht des Bundesrechnungshofes nach § 88 Absatz 2 BHO an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages und an den Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages „Neuausrichtung der Schienenverkehrsinfrastruktur Sachstand zum ersten Nachtrag und Defizite des aktuellen Entwurfs eines zweiten Nachtrags zur Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung III“. Mit Mehrheit hat der Verkehrsausschuss dann auch dem 2. Nachtrag zur LuFV III zugestimmt.

Bereits im September 2023 hatte sich der Verkehrsausschuss über den **Stand der LuFV-III-Nachtragsverhandlungen** informiert²⁸.

Die Verbesserung der **Schienenanbindung des Flughafens München**, insbesondere durch eine Einbindung in das Hochgeschwindigkeitsnetz der DB AG, wurde im Verkehrsausschuss im März 2023 thematisiert.²⁹

²⁸ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der AfD „Stand der LuFV-III-Nachtragsverhandlungen zwischen der Bundesregierung und den EIU der DB AG“

²⁹ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der AfD „Verbesserung der Schienenanbindung des Flughafen München – insbesondere durch eine Einbindung in das Hochgeschwindigkeitsnetz der DB AG“



Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der DB AG



Abbildung 6: Gespräch mit Dr. Richard Lutz und Berthold Huber am 6. Juli 2022, © Deutscher Bundestag

Der Verkehrsausschuss hat auch in der 20. Wahlperiode wieder eine ganze Reihe von Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern des DB-Konzerns und seiner Tochtergesellschaften geführt.

- In der Ausschusssitzung am 6. Juli 2022 hat die Deutsche Bahn zur aktuellen Betriebssituation sowie zu ihrer strategischen Ausrichtung berichtet. An dem Gespräch nahmen der Vorstandsvorsitzende der DB AG **Dr. Richard Lutz** sowie der Vorstand Infrastruktur der DB AG **Berthold Huber** teil.
- Zu dem Thema „Stärkung der Resilienz des Schienenverkehrs durch Aufbau eines Hochleistungsnetzes“³⁰ nahmen an der Ausschusssitzung am 18. Januar 2023 für die DB Netz AG **Dr. Christian Gruß**, Vorstand Betrieb, Fahrplan, Vertrieb und Kapazitätsmanagement, und **Dr. Matthias Feil**, Leiter Fahrplan und Kapazitätsmanagement, teil.
- An der gleichen Sitzung nahm auch **Dr. Volker Hentschel**, Leiter des Konzernprogramms „Digitale Schiene Deutschland“ der DB AG und Konzernbeauftragter für dieses Programm zu dem Thema „Beschleunigung und Modernisierung des Schieneninfrastruktur-Ausbaus in Deutschland“³¹ teil.

³⁰ Information für den Ausschuss auf Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Stärkung der Resilienz des Schienenverkehrs durch Aufbau eines Hochleistungsnetzes“

³¹ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Beschleunigung und Modernisierung des Schieneninfrastruktur-Ausbaus in Deutschland“



- In der Sitzung am 11. Oktober 2023 führte der Ausschuss erneut ein Gespräch **Dr. Richard Lutz** und **Berthold Huber**.
- Der Leiter des Konzernprogramms Digitale Schiene Deutschland der Deutschen Bahn AG **Dr. Volker Hentschel** nahm zudem an der Ausschusssitzung am 10. April 2024 zu den Themen Schnellläuferprogramm des Bundes und Digitale Schiene Deutschland³² teil.
- In der gleichen Sitzung ging es um die aktuelle wirtschaftliche Situation der DB Cargo AG. Zu diesem Thema äußerten sich in der Sitzung die Vorstandsvorsitzende der DB Cargo AG **Dr. Sigrid Nikutta** sowie der Leiter Wirtschaft, Politik und Regulierung bei der Deutschen Bahn AG **Dr. Markus Ksoll**.³³
- Um das Thema „Stuttgart 21“ ging es in der Sitzung am 26. Juni 2024. An der Sitzung nahmen das Vorstandsmitglied der DB AG **Berthold Huber** sowie der Vorstandsvorsitzende der DB InfraGo AG **Dr. Philipp Nagl** teil.³⁴
- Am 3. Juli 2024 ging es bei einem Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der DB Fernverkehr AG **Dr. Michael Peterson** um die Frage, ob eine Streichung von DB-Fernverkehrsverbindungen infolge steigender Trassenpreise geplant sei³⁵ bzw. um die Frage nach potenziellen Plänen zur Streichung von IC-Fernstrecken aufgrund von Kostensteigerungen³⁶.
- Am 9. Oktober 2024 nahmen der Vorstandsvorsitzende der DB AG **Dr. Richard Lutz** und der Finanzvorstand **Dr. Levin Holle** an der Ausschusssitzung teil. Bei der Beratung ging es um den Sachstand zum geplanten Verkauf von DB Schenker³⁷, um die Zukunft der DB AG (7-Punkte-Papier des Bundesverkehrsministers)³⁸ und um „Stuttgart 21“³⁹

³² Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Schnellläuferprogramm des Bundes / Digitale Schiene Deutschland“

³³ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Aktuelle wirtschaftliche Situation, bisherige Strategie und Ausblick DB Cargo“

³⁴ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Aufklärung der erneuten Verzögerung der Inbetriebnahme von Stuttgart 21 und Klarstellung der Verantwortlichkeiten sowie des Finanzplans“

³⁵ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Geplante Streichung von DB-Fernverkehrsverbindungen infolge steigender Trassenpreise“

³⁶ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Potentielle Pläne zur Streichung von IC-Fernstrecken aufgrund von Kostensteigerungen“

³⁷ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Sachstand zum geplanten Verkauf von DB Schenker“

³⁸ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Zukunft der DB AG: 7-Punkte-Papier des Bundesverkehrsministers“

³⁹ Bericht des BMDV auf Antrag der Gruppe Die Linke „Stuttgart 21 vor dem Aus. Umstiegspläne in den Blick nehmen“



- Am 6. November 2024 führte der Verkehrsausschuss ein Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der DB InfraGO AG **Dr. Philipp Nagl** zum Umsetzungsstand der Digitalen Schiene Deutschland und des Bedarfsplans Schiene.⁴⁰

Bau- und Sanierungsmaßnahmen der Deutschen Bahn

Mit Baumaßnahmen der DB AG hat sich der Ausschuss in verschiedenen Zusammenhängen befasst. Anfang des Jahres 2023 ließ er sich vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr zum **Baustellenmanagement** der DB AG berichten.⁴¹

Die Stärkung der Resilienz des Schienenverkehrs durch Aufbau eines **Hochleistungsnetzes** war in der Sitzung am 18. Januar 2023 Thema der Ausschussberatungen.⁴² Mit der Beschleunigung und Modernisierung des Schieneninfrastruktur-Ausbaus in Deutschland befasste sich der Ausschuss in der gleichen Sitzung.⁴³ Auch darüber hinaus hat sich der Ausschuss in verschiedenen Kontexten immer wieder mit den von der DB geplanten Korridorsanierungen bzw. Generalsanierungen befasst.

Deutschlandtakt

Immer wieder war der geplante Deutschlandtakt Gegenstand der Debatte im Ausschuss. Im März 2023 ging es um den aktuellen Stand und das geplante **Etappierungskonzept** des Deutschlandtakts.⁴⁴ Im Juli 2023 war der **Deutschlandtakt** ebenfalls Beratungsthema.⁴⁵

Eisenbahnunfälle, Störungen und Sicherheitsfragen

Auch in der 20. Wahlperiode musste sich der Ausschuss mit schweren Unglücksfällen und Störungen im Eisenbahnbereich befassen.

⁴⁰ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Umsetzungsstand der Digitalen Schiene Deutschland und des Bedarfsplans Schiene“

⁴¹ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Baustellenmanagement der DB AG“

⁴² Information für den Ausschuss auf Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Stärkung der Resilienz des Schienenverkehrs durch Aufbau eines Hochleistungsnetzes“

⁴³ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Beschleunigung und Modernisierung des Schieneninfrastruktur-Ausbaus in Deutschland“

⁴⁴ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Aktueller Stand und geplantes Etappierungskonzept des Deutschlandtakts“

⁴⁵ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Erneute Infragestellung des Deutschlandtakts durch Teile der SPD-Bundestagsfraktion“



Im Jahr 2022 beriet der Ausschuss über den Bahnunfall zweier Güterzüge bei **Leiferde**.⁴⁶ In dieser Beratung ging es auch um die Frage von Finanzierungsproblemen beim Ausbau der **Weddeler Schleife**.

Das **S-Bahn-Unglück bei Schäftlarn** im Landkreis München war im März 2022 Gegenstand der Ausschussberatung.⁴⁷

Mit den Auswirkungen von **Sturmereignissen** im Februar 2022 auf die Eisenbahninfrastruktur setzte sich der Ausschuss im März 2022 auseinander.⁴⁸

Erkenntnisse zu **Anschlägen auf die Eisenbahninfrastruktur** waren im November 2022 Thema im Ausschuss.⁴⁹ Hintergrund dieser Debatte war ein Ausfall des Zugbahnhafens in mehreren Bundesländern im Oktober 2022 aufgrund einer mutwilligen Beschädigung an zwei Lichtwellenleiterkabeln.

Das schwere **Eisenbahnunglück bei Burgrain**, bei dem auf der Bahnstrecke München–Garmisch-Partenkirchen durch eine Zugentgleisung am 3. Juni 2022 auf dem Streckenabschnitt zwischen Garmisch-Partenkirchen und Farchant fünf Personen tödlich, 16 Personen schwer und 62 Personen leicht verletzt wurden, war im Juni 2022 Gegenstand der Beratung im Verkehrs-ausschuss.⁵⁰

Ebenfalls im Juni 2022 befasste sich der Verkehrsausschuss mit Problemen im **Bahnverkehr am Pfingstwochenende 2022**.⁵¹

Um die **Sicherheit an Bahnstrecken** ging es in den Ausschuss-beratungen unter anderem im September 2023.⁵²

⁴⁶ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der AfD „Bahnunfall zweier Güterzüge bei Leiferde nahe Gifhorn und Finanzierungsprobleme beim Ausbau der Weddeler Schleife“

⁴⁷ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der AfD „S-Bahn-Unglück bei Schäftlarn im Landkreis München“

⁴⁸ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Auswirkungen der Sturmereignisse im Februar auf die Eisenbahninfrastruktur“

⁴⁹ Bericht des BMDV „Aktuelle Erkenntnisse zu den Anschlägen auf die Eisenbahninfrastruktur“

⁵⁰ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Zugunglück in Burgrain bei Garmisch-Partenkirchen“ und Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der AfD „Schweres Zug-Unglück bei Garmisch-Partenkirchen“

⁵¹ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Chaos im Bahn-verkehr am Pfingstwochenende 2022“

⁵² Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Sicherheit an Bahnstrecken – Schieneninfrastruktur sicherstellen“



Unternehmen der DB AG

Die aktuelle Situation bei der Deutschen Bahn beschäftigte den Ausschuss im November 2022.⁵³

Erörtert wurde im Ausschuss im Februar 2023 das Thema eines möglichen **Verkaufs von DB Schenker** durch die DB AG.⁵⁴ Zum Verkauf von DB Schenker wurde auch im Oktober 2024 im Verkehrsausschuss beraten.⁵⁵

Im Oktober 2023 ging es in den Ausschussberatungen um den **Start der „DB InfraGO AG“** am 1. Januar 2024.⁵⁶ Das Unternehmen war auch unter der Überschrift „Fünf Monate DB InfraGO AG – Aktueller Sachstand und Ausblick“ im Mai 2024 Thema im Ausschuss.⁵⁷ Über die Steuerung der DB AG durch das Bundesministerium für Digitales und Verkehr⁵⁸ wurde in einer Sitzung im November 2024 beraten. Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten der Bundesregierung durch den **Verschmelzungsvertrag zwischen DB Netz AG und DB Station&Service AG** wurden im Dezember 2023 im Ausschuss angesprochen.⁵⁹

Vorhaben im Bereich der Schiene

Auch im Rahmen von Selbstbefassungen wurden einzelne Schienenprojekte im Verkehrsausschuss thematisiert.

Beratungsthema im September 2022 war die **zweite Stammstrecke der S-Bahn München**⁶⁰.

Im März 2023 befasste sich der Ausschuss mit dem Planungsstand eines im Rahmen der geplanten **Schienenneubaustrecke**

⁵³ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Aktuelle Situation bei der Deutschen Bahn“

⁵⁴ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Vorbereitung eines möglichen Verkaufs von DB Schenker“

⁵⁵ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Sachstand zum geplanten Verkauf von DB Schenker“

⁵⁶ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Start der „DB InfraGO AG“ am 1. Januar 2024“

⁵⁷ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Fünf Monate DB InfraGO AG – Aktueller Sachstand und Ausblick“

⁵⁸ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Kritik des Bundesrechnungshofes an der Steuerung der DB AG durch das Bundesministerium für Digitales und Verkehr“

⁵⁹ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Inwieweit werden die Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten der Bundesregierung durch den Verschmelzungsvertrag zwischen DB Netz AG und DB Station & Service AG verbessert?“

⁶⁰ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Vertragliche Situation zu möglichen Mehrkosten der Zweiten Stammstrecke München zwischen dem Freistaat Bayern, dem Bund und der Deutschen Bahn AG“



Dresden-Prag vorgesehenen Basistunnels unter dem Erzgebirge.⁶¹

Im Oktober 2023 war auch die Franken-Sachsen-Magistrale⁶² ein Thema im Ausschuss.

Um den Aus- bzw. Neubau der **Schienenverbindung zwischen Hamburg und Hannover** ging es bei den Beratungen im Oktober 2023.⁶³ Auch im April 2024 war der Planungsstand bei der **Eisenbahninfrastrukturentwicklung zwischen Hamburg und Hannover**⁶⁴ Beratungsgegenstand.

Im Juni 2024 wurde im Ausschuss über den Ausbau der **Schienenstrecke zwischen Daglfing und Johanneskirchen** gesprochen.⁶⁵

Stuttgart 21

Ein Projekt, das auch in der 20. Wahlperiode wieder häufig Gegenstand der Ausschussberatungen war, ist das Projekt Stuttgart 21. Neben den bereits erwähnten Gesprächen mit der DB AG gab es dazu weitere Beratungsgegenstände.

Im März 2022 wurde im Verkehrsausschuss über **Baukostensteigerungen** bei dem Projekt gesprochen.⁶⁶ Im Juli des gleichen Jahres ging es um den Weiterbetrieb der Gäubahnstrecke zwischen dem Bahnhof Singen und dem Hauptbahnhof Stuttgart.⁶⁷ Der **Stand des Projektes** war im März 2024 Thema der Beratung

⁶¹ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der AfD „Planungsstand des Erzgebirgstunnels als Herzstück der geplanten Schienenneubaustrecke Dresden-Prag“

⁶² Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Neuberechnung NKV Franken-Sachsen-Magistrale“

⁶³ Bericht des BMDV auf Antrag der Faktion der AfD „Widersprüchliche Planungen und undurchsichtige Festlegungen des BMDV zum Aus- bzw. Neubau der Schienenverbindung zwischen Hamburg und Hannover“

⁶⁴ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der AfD „Planungsstand der Eisenbahninfrastrukturentwicklung zwischen Hamburg und Hannover“

⁶⁵ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der AfD „Stand des geplanten Ausbaus der Schienenstrecke zwischen Daglfing und Johanneskirchen“

⁶⁶ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. „Erneute Baukostensteigerungen bei Stuttgart 21“

⁶⁷ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. „Weiterbetrieb der Gäubahnstrecke zwischen dem Bahnhof Singen und dem Hauptbahnhof Stuttgart“



im Ausschuss.⁶⁸ Im Juni 2024 ging es um **aktuelle Entwicklungen** bei Stuttgart 21 und ihre Auswirkungen auf die Bahn⁶⁹. Unter anderem **Verzögerungen bei der Inbetriebnahme** von Stuttgart 21 wurden im Juni 2024 im Verkehrsausschuss debattiert.⁷⁰

Finanzierung und Haushalt

Im Januar 2023 wurde im Ausschuss über die Frage **finanzieller Zuwendungen** des Bundes an die DB AG gesprochen.⁷¹ Anfang 2024 ging es in den Beratungen um verschiedene Themen der Finanzierung im Bereich der Schiene. Im Januar 2024 um die Frage von Kürzungen beim Schienengüter- und Personenfernverkehr im **Haushalt 2024**.⁷² Die **Auswirkungen der Haushalts situation** auf die Umsetzung der Projekte des Bedarfsplans waren im Februar 2024 Gegenstand der Beratung⁷³, ebenso die **Finanzierung und Priorisierung von Aus- und Neubauprojekten** der Schiene.⁷⁴ Im Februar 2024 wurde zudem über die Frage der Verbreitung eines internen Dokuments der DB zur **Infrastrukturfinanzierung** gesprochen.⁷⁵

Sonstige Beratungsthemen aus dem Bereich Eisenbahn

Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen für die **Elektrifizierung von Schienenstrecken** wurden im Januar 2022 erörtert.⁷⁶

⁶⁸ Bericht des BMDV auf Antrag der Gruppe Die Linke „Stand des Projektes Stuttgart 21“

⁶⁹ Bericht des BMDV auf Antrag der Gruppe Die Linke „Aktuelle Entwicklungen bei Stuttgart 21 und ihre Auswirkungen auf die Bahn“

⁷⁰ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Aufklärung der erneuten Verzögerung der Inbetriebnahme von Stuttgart 21 und Klarstellung der Verantwortlichkeiten sowie des Finanzplans“

⁷¹ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der AfD „Aktueller Zustandsbericht zur DB-Infrastruktur und weitere "Finanzspritzen" für die DB AG“

⁷² Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Geplante Kürzungen beim Schienengüter- und Personenfernverkehr im Haushalt 2024“

⁷³ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Finanzierung und Priorisierung von Aus- und Neubauprojekten der Schiene“

⁷⁴ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Neu- und Ausbauprojekte der Schiene – Auswirkungen der Haushaltssituation auf die Umsetzung der Projekte des Bedarfsplans“

⁷⁵ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der AfD „Wie gelangen nach Kenntnis des BMDV interne Informationen der DB AG in die Presse, und dient dies womöglich zur Beeinflussung parlamentarischer Entscheidungsprozesse durch die DB AG? Zielstellung und Verbreitungskreis eines internen Dokuments zur Infrastrukturfinanzierung“

⁷⁶ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. „Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen für die Elektrifizierung von Schienenstrecken“



Steigende **Strompreise** im Bereich des Schienenverkehrs wurden im Januar 2022 im Verkehrsausschuss thematisiert.⁷⁷ Um das Kapazitätsmanagement im **Bahnstromnetz** ging es in einer Beratung im Mai 2022.⁷⁸ Thema der Ausschussberatungen waren im September 2022 auch wieder die **Strompreise am Bahnstrommarkt**.⁷⁹

Mit der Frage des Aufbau europäischer **Nachtzugangebote** setzte sich der Verkehrsausschuss im September 2022 auseinander.⁸⁰

Im Juni 2023 befasste er sich mit laufenden und geplanten Forschungsprojekten des **Deutschen Zentrums für Schienenverkehrsfororschung**.⁸¹

Die **Förderung des Einzelwagenverkehrs** war im Mai 2023 Thema der Ausschussberatungen.⁸²

Im Juni 2023 ging es in den Ausschussberatungen um den **Weiterbetrieb der kritischen Infrastruktur Schienennetz in Streikfällen**.⁸³

Im Juli 2023 wurde der Rollout-Zeitplan des europäischen Zugleit- und Sicherungssystems (**ETCS**) debattiert.⁸⁴

Mit den **Trassenpreisen** im Schienengüter- und Personenfernverkehr befasste sich der Ausschuss im September 2023.⁸⁵

⁷⁷ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Steigende Strompreise: Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit des klimafreundlichen Schienenverkehrs“

⁷⁸ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Kapazitätsmanagement im Bahnstromnetz“

⁷⁹ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Anhaltend explodierende Strompreise am Bahnstrommarkt“

⁸⁰ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Nachfrageentwicklung bei Nachtzugverkehren und Aufbau europäischer Nachtzugangebote“

⁸¹ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP über die laufenden und geplanten Forschungsprojekte des Deutschen Zentrums für Schienenverkehrsfororschung

⁸² Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Förderung des Einzelwagenverkehrs“

⁸³ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Weiterbetrieb der kritischen Infrastruktur Schienennetz in Streikfällen“

⁸⁴ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Verbindlicher Rollout-Zeitplan des europäischen Zugleit- und Sicherungssystems (ETCS)“

⁸⁵ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Erhöhung der Trassenpreise im Schienengüter- und Personenfernverkehr“



4. Regionalisierungsmittel / Deutschlandticket

Einen Schwerpunkt in der Arbeit des Verkehrsrausschusses bildete in der 20. Wahlperiode die Einführung deutschlandweit gültiger Nahverkehrstickets sowie deren Finanzierung und ihre weitere Fortführung.

Teil eines Entlastungspaketes der Bundesregierung, die damit auf die stark gestiegenen Energiepreise infolge des Ukraine-Krieges reagierte, war die Einführung des sog. **Neun-Euro-Tickets**, das vom 1. Juni bis zum 31. August 2022 galt. Es ermöglichte Fahrgästen des ÖPNV, für neun Euro im Monat bundesweit Busse, Straßenbahnen, U-Bahnen sowie Regionalzüge der 2. Klasse zu nutzen. Ziel der Maßnahme war es, Bürgerinnen und Bürger finanziell zu entlasten und gleichzeitig den Umstieg auf den ÖPNV zu fördern.

Mit dem „**Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes**⁸⁶“ legten die Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP dazu einen Gesetzentwurf vor, mit dem die Regionalisierungsmittel im Jahr 2022 nochmals um insgesamt 3,7 Milliarden Euro erhöht wurden. Die Summe setzte sich aus 1,2 Milliarden Euro für den Ausgleich pandemiebedingter finanzieller Nachteile und 2,5 Milliarden Euro für die Umsetzung des „9 für 90“-Tickets zusammen.

In einer zu dem Gesetzentwurf im Mai 2022 durchgeföhrten öffentlichen Anhörung stieß das Neun-Euro-Ticket bei Vertretern der Verkehrsverbände und der Verkehrsbranche, bei den Kommunen sowie den Umweltverbänden auf ein geteiltes Echo. Einerseits wurde dessen Eignung hervorgehoben, verloren gegangene und neue Kunden für den öffentlichen Personennahverkehr zu gewinnen, andererseits wurde dagegen die Notwendigkeit in den Vordergrund gestellt, den ÖPNV strukturell und langfristig auszubauen.⁸⁷ Gegenstand der Anhörung war zudem ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit dem Titel „**Neun-Euro-Ticket verlängern – Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs beschleunigen**⁸⁸“, mit dem eine Verlängerung des Neun-Euro-Tickets bis mindestens Jahresende und ein Ausbau des ÖPNV gefordert wurde.

⁸⁶ Drucksache [20/1739](#)

⁸⁷ hier [237/2022](#) und [Informationen zur Anhörung im Webangebot des Ausschusses](#)

⁸⁸ Drucksache [20/1733](#)



Den genannten Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen hat der Ausschuss in der abschließenden Beratung in geänderter Fassung angenommen.⁸⁹ Den Antrag der Fraktion DIE LINKE. lehnte er hingegen mehrheitlich ab.⁹⁰

In ihrem Antrag „**Preiserhöhung im öffentlichen Personennahverkehr verhindern – Neun-Euro-Ticket verlängern – Abschlussregelung ab 2023 sicherstellen**⁹¹“ wiederholte die Fraktion DIE LINKE. ihre Forderung nach einer Verlängerung des Neun-Euro-Tickets bis zum Ende des Jahres 2022. Zudem sollte die Bundesregierung gemäß dem Antrag durch den Deutschen Bundestag aufgefordert werden, ab 2023 die Finanzierung zur Einführung eines Jahrestickets zum Gesamtpreis von 365 Euro (ein Euro pro Tag) sicherzustellen. Der Antrag wurde im Ausschuss mehrheitlich abgelehnt.⁹²

Noch im Jahr 2022 sollten die Länder vom Bund eine Milliarde Euro mehr für den Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs erhalten. Zudem sollte die jährliche Dynamisierungsrate der Regionalisierungsmittel ab dem Jahr 2023 von 1,8 auf drei Prozent erhöht werden. Das sah ein von den Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vorgelegter „**Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes**⁹³“ vor. Auch hierzu führte der Ausschuss im Dezember 2022 eine öffentliche Anhörung durch, in der das Gesetz bei den eingeladenen Sachverständigen grundsätzlich auf Zustimmung stieß, aber zum Teil als nicht ausreichend bewertet wurde.⁹⁴ In der abschließenden Beratung empfahl der Ausschuss die Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung⁹⁵. Thematisiert wurde im November 2022 auch ein Bericht des Bundesrechnungshofs nach § 88 Absatz 2 BHO zum Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes.⁹⁶

Um eine deutliche Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV zu erreichen, sollte im Jahr 2023 ein digitales, deutschlandweit gültiges Nahverkehrsticket zu einem Einführungspreis von 49 Euro

⁸⁹ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/1847](#)

⁹⁰ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/1855](#)

⁹¹ Drucksache [20/2575](#)

⁹² Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/5886](#)

⁹³ Drucksache [20/4684](#)

⁹⁴ Siehe [734/2022](#) und [Informationen zur Anhörung im Webangebot des Ausschusses](#)

⁹⁵ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/4872](#)

⁹⁶ Information für den Ausschuss auf Antrag der Fraktion der AfD „Bericht des Bundesrechnungshofs nach § 88 Absatz 2 BHO zum Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes“



pro Monat im monatlich kündbaren Abonnement eingeführt werden. Zur Finanzierung dieses Tickets über eine weitere Erhöhung der Regionalisierungsmittel brachte die Bundesregierung den „**Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes**⁹⁷“ ein. In einer dazu durchgeföhrten Anhörung wurde grundsätzlich Zustimmung, aber auch Kritik an der gesetzlichen Ausgestaltung geäußert.⁹⁸ Mit seiner Zustimmung zu dem Gesetzentwurf im März 2023 ebnete der Verkehrsausschuss den Weg für die Einführung des Deutschlandtickets zum Preis von 49 Euro ab dem 1. Mai 2023.⁹⁹

Einen Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit dem Titel „**Null-Euro-Ticket für Studierende, Auszubildende und Schülerinnen und Schüler**¹⁰⁰“, mit dem die Bundesregierung zur Vorlage eines Gesetzentwurfes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes aufgefordert werden sollte, mit dem Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden, Studierenden und freiwillig Engagierten ermöglicht werden sollte, den ÖPNV zum Nulltarif zu nutzen, lehnte der Ausschuss mehrheitlich gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion ab.¹⁰¹

Zur Umsetzung des Beschlusses des Bundeskanzlers und der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 6. November 2023 zur Ausdehnung und Abrechnung der Ausgleichsbeträge für das Deutschlandticket auf die Jahre 2023 bis 2025 war die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage erforderlich. Um das Deutschlandticket über das Jahr 2023 hinaus fortführen zu können, sollte mit dem von der Bundesregierung im Jahr 2024 eingebrochenen „**Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes**¹⁰²“ diese gesetzliche Finanzierungsgrundlage geschaffen werden. In einer dazu vom Ausschuss durchgeföhrten öffentlichen Anhörung waren sich die geladenen Sachverständigen in ihrer Einschätzung einig, dass das Deutschlandticket ein Erfolgsmodell sei. In diesem Zusammenhang wurde auch für die Zukunft Planungssicherheit für die Länder und Kommunen gefordert, um die Potenziale des Deutschlandtickets heben zu können.¹⁰³ In seiner abschlie-

⁹⁷ Drucksache [20/5548](#)

⁹⁸ hib [149/2023](#) und [Informationen zur Anhörung im Webangebot des Ausschusses](#)

⁹⁹ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/6018](#)

¹⁰⁰ Drucksache [20/5785](#)

¹⁰¹ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/6017](#)

¹⁰² Drucksache [20/12773](#)

¹⁰³ hib [674/2024](#) und [Informationen zur Anhörung im Webangebot des Ausschusses](#)



ßenden Beratung im Dezember 2024 machte der Verkehrsausschuss den Weg für die Schaffung der gesetzlichen Grundlage für eine Finanzierung des Deutschlandtickets im Jahr 2025 ohne Gegenstimmen frei.¹⁰⁴

Auch unabhängig von überwiesenen Vorlagen war das **Deutschlandticket** immer wieder Gegenstand der Beratungen im Verkehrsausschuss. Das seinerzeit noch in der Planung befindliche **Neun-Euro-Ticket** war im April 2022 Thema im Ausschuss.¹⁰⁵ Auswirkungen des Neun-Euro-Tickets auf das **Mobilitätsverhalten in Deutschland** wurden im September 2022 Gegenstand der Ausschussberatung.¹⁰⁶ Im November 2022 befasste sich der Ausschuss mit der **Einführung des Deutschlandtickets**.^{107 108} Ebenfalls im November 2022 informierte er sich über das Ergebnis der Beratungen im Rahmen der **Sonder-Verkehrsministerkonferenz vom 29. November 2022** zur Einführung des Deutschlandtickets.¹⁰⁹ Beratungsgegenstände waren auch **Sonder-Verkehrsministerkonferenzen** zum ÖPNV vom 23. Februar 2022¹¹⁰ und vom 25. März 2022.¹¹¹ Über **den aktuellen Stand der Verhandlungen** von Bund und Ländern zur Einführung des Deutschlandtickets ließ sich der Ausschuss am 25. Januar 2023¹¹² unterrichten. In dieser Sitzung

¹⁰⁴ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/14304](#)

¹⁰⁵ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der AfD „Geplantes 9-Euro-Ticket - Auswirkungen und Risiken“

¹⁰⁶ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Auswirkungen des 9-Euro-Tickets auf das Mobilitätsverhalten in Deutschland“

¹⁰⁷ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Einführung des Deutschlandtickets“.

¹⁰⁸ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Deutschlandticket“

¹⁰⁹ Bericht des Bundesministers für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wissing, MdB auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU zum Ergebnis der Beratungen im Rahmen der Sonder-Verkehrsministerkonferenz vom 29.11.2022 zur „Einführung des Deutschlandtickets“

¹¹⁰ Bericht des BMDV über die Sonder-Verkehrsministerkonferenz vom 23. Februar 2022 zum ÖPNV

¹¹¹ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Sonder-Verkehrsministerkonferenz vom 25. März 2022 zum ÖPNV“ und Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. „Sonder-Verkehrsministerkonferenz ÖPNV vom 25. März 2022“

¹¹² Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Aktueller Stand der Verhandlungen von Bund und Ländern zur Einführung des Deutschlandtickets“



ging es auch um möglich Auswirkungen des Deutschlandtikets auf **eigenwirtschaftliche Verkehrsangebote**.¹¹³ Der aktuelle Sachstand der Einführung eines bundesweiten **Semestertickets** beschäftigte den Verkehrsausschuss im Juni 2023.¹¹⁴ Über die Ergebnisse der **Ministerpräsidentenkonferenz** am 6. November 2023 und die **Zukunft des 49-Euro-Tickets** informierte sich der Verkehrsausschuss im November 2023.¹¹⁵

5. ÖPNV

Aus dem Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs befasste sich der Verkehrsausschuss auch darüber hinaus mit einer Reihe von Themen. Um den **Ausbau- und Modernisierungspakt** ging es im April 2024.¹¹⁶ Ebenfalls im April 2024 war das nationale **Mobilitätskonzept für die Fußball-Europameisterschaft 2024** Thema der Ausschussberatung.¹¹⁷

6. Straßenverkehr

Der Straßenverkehr als ein wichtiger Verkehrsträger in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigte den Ausschuss auf vielfältige Weise.

So brachte die Fraktion DIE LINKE. einen Antrag mit dem Titel „**A 100 qualifiziert beenden**“¹¹⁸ ein, mit dem sie für den Verzicht auf den 17. Bauabschnitt der Bundesautobahn 100 in Berlin eintrat. Die Fraktion der CDU/CSU forderte in einem Antrag „**A 100 fertig bauen**“¹¹⁹ hingegen die Weiterführung der geplanten Ausbaumaßnahmen bei der A100. Beide Anträge wurden vom Verkehrsausschuss mehrheitlich abgelehnt.¹²⁰

¹¹³ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der AfD „Mögliche Gefährdung eigenwirtschaftlicher Verkehrsangebote (Fernbus und SPFV) durch ein steuer-subventioniertes Deutschlandticket für anfangs 49 Euro pro Monat – Zwischenstand der Einführungsvorbereitungen“

¹¹⁴ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. „Aktueller Sachstand der Einführung eines bundesweiten Semestertickets (49 €-Ticket) - Rechtssicherheit für Studierende und ihre Vertretungen“

¹¹⁵ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. „Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) am 6. November 2023 - Zukunft des 49-Euro-Tickets“

¹¹⁶ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Die Zukunft des von der Bundesregierung geplanten Ausbau- und Modernisierungspakts“

¹¹⁷ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Nationales Mobilitätskonzept für die Fußball-Europameisterschaft 2024“

¹¹⁸ Drucksache [20/1913](#)

¹¹⁹ Drucksache [20/5545](#)

¹²⁰ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/6440](#)



Die Einführung eines allgemeinen Tempolimits von 130 km/h auf deutschen Autobahnen wird seit Jahren kontrovers diskutiert. Die Fraktion DIE LINKE. unternahm diesbezüglich einen Vorstoß mit ihrem Antrag „**Tempolimit einführen**“¹²¹, der vom Ausschuss aber mehrheitlich abgelehnt wurde.¹²² Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellten in der Beratung allerdings klar, dass sie den Antrag inhaltlich unterstützten.¹²³

Diskutiert wurde im Ausschuss im März 2023 auch die Frage, welche CO₂-Einsparungen ein **Tempolimit auf Bundesautobahnen** bewirken würde.¹²⁴

Ein auf EU-Ebene diskutiertes Thema war die Einführung verpflichtender Gesundheitsuntersuchungen für Autofahrerinnen und Autofahrer über 70 Jahre. Die Fraktion der AfD verlangte in ihrem Antrag „**Vorschläge der Europäischen Union für einen möglichen Führerscheinentzug für Personen über 70 Jahre im EU-Ministerrat ablehnen**“¹²⁵, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern solle, einem Richtlinienvorschlag der EU nicht zuzustimmen. Auch andere Fraktionen lehnten inhaltlich die Vorschläge zu einer Befristung von Fahrerlaubnissen für Menschen ab 70 Jahren ab, betonten aber, in der EU-Vorlage seien auch gute Vorschläge enthalten, weshalb man den Antrag ablehne. Der Antrag der Fraktion der AfD fand im Verkehrsausschuss keine Mehrheit.¹²⁶ Bereits am 18. Oktober 2023 hatte sich der Ausschuss mit einem Richtlinienvorschlag über die unionsweite Wirkung bestimmter Entscheidungen über den **Fahrbefähigungsverlust** befasst (Ratsdok.-Nr. 6796/23).

Mit Forderungen nach einer **Stärkung der Straße als Hauptverkehrsträger** und der Forderung nach einer **zügigen Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans 2030** befasste sich auch ein weiterer Antrag der Fraktion der CDU/CSU.¹²⁷ Mehrheitlich empfahl der Verkehrsausschuss, diesen Antrag abzulehnen.¹²⁸

¹²¹ Drucksache [20/1914](#)

¹²² Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/4297](#)

¹²³ hib [575/2022](#)

¹²⁴ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der AfD „Welche CO₂-Einsparungen bewirkt ein Tempolimit auf Bundesautobahnen wirklich? Klarstellungen des Bundesverkehrsministeriums zur Gutachten- Kakophonie des Umweltbundesamts“

¹²⁵ Drucksache [20/7580](#)

¹²⁶ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/9203](#)

¹²⁷ Drucksache [20/11952](#)

¹²⁸ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/13719](#)



Ein im September 2023 vorgelegter Gesetzentwurf der Bundesregierung mit dem Titel „**Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes**¹²⁹“ hatte zum Ziel, den Ländern und Kommunen zu ermöglichen, in der Straßenverkehrsordnung neben der Flüssigkeit und der Sicherheit des Verkehrs die Ziele des Klima- und Umweltschutzes, der Gesundheit und der städtebaulichen Entwicklung zu berücksichtigen. Länder und Kommunen sollten ermächtigt werden, entsprechende Änderungen in der Straßenverkehrsordnung zu erlassen. In einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses zu dem Gesetzentwurf wurde der Entwurf unterschiedlich bewertet; einige Experten sahen Nachbesserungsbedarf bei der vorgelegten Gesetzesnovelle.¹³⁰ Der Verkehrsausschuss empfahl dem Plenum mehrheitlich die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs sowie eines dazu von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Entschließungsantrages.¹³¹ Der Gesetzentwurf war zwischen Bundestag und Bundesrat umstritten; er erhielt seine endgültige Fassung erst nach einer Einigung im Vermittlungsausschuss.¹³²

Im Vorfeld der geplanten Regelungen zum kontrollierten Umgang mit **Cannabis** befasste sich der Verkehrsausschuss im April 2024 mit deren Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit.¹³³

Nach der Verabschiedung des Gesetzes zum kontrollierten Umgang mit Cannabis und zur Änderung weiterer Vorschriften (Cannabisgesetz – CanG) im Jahr 2024 stand auch die Frage von **Cannabis-Grenzwerten im Straßenverkehr** im Fokus.

Der „**Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und weiterer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften**¹³⁴“, der von den Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP eingebracht worden war, hatte im Wesentlichen die Umsetzung der Empfehlungen der interdisziplinären und unabhängigen Expertenarbeitsgruppe zur Ermittlung eines gesetzlichen Grenzwerts von THC im Straßenverkehr im Rahmen der Ordnungswidrigkeitenvorschriften im Straßenverkehrsgesetz zum Ziel. In einer zu dem Gesetzentwurf durchgeführten Anhörung wurde von den Sachverständigen

¹²⁹ Drucksache [20/8293](#)

¹³⁰ ibid [760/2023](#)

¹³¹ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/8896](#)

¹³² Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses Drucksache [20/11800](#)

¹³³ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Geplante Cannabis-Legalisierung und Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit“

¹³⁴ Drucksache [20/11370](#)



überwiegend Zustimmung zu dem Gesetzesvorhaben signalisiert. Es wurde in der Anhörung aber auch Kritik geübt und auf Probleme bei der Umsetzung der Regelung hingewiesen.¹³⁵ In seiner abschließenden Beratung empfahl der Verkehrsausschuss dem Plenum mehrheitlich, den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen anzunehmen. Den Antrag der Fraktion der CDU/CSU mit dem Titel „Für die Vision Zero und gegen die Erhöhung des Cannabis-Grenzwertes im Straßenverkehr“¹³⁶ lehnte er hingegen mit Mehrheit ab.¹³⁷

7. Güterkraftverkehr und Logistik

Aufgrund der zentralen Lage Deutschlands in Europa und der Bedeutung für die Wirtschaft und den internationalen Handel kommen der Güterkraftverkehrs- und der Logistikbranche erhebliche Relevanz für den Wirtschaftsstandort Deutschland zu. Die Thematik war in der 20. Wahlperiode ein Schwerpunkt der Beratungen im Verkehrsausschuss. Der Ausschuss hat sich hier mit verschiedenen Aspekten aus diesem Politikfeld beschäftigt.

So führte er im Rahmen der Möglichkeit nach der Geschäftsordnung, sich mit sämtlichen Fragen aus dem eigenen Geschäftsbereich befassen zu dürfen (Selbstbefassung), in seiner 13. Sitzung am 18. Mai 2022 eine öffentliche Anhörung zum Thema „Arbeitsbedingungen von Berufskraftfahrerinnen und Berufskraftfahrern und wirksame Maßnahmen gegen den Fahrerinnen- bzw. Fahrermangel“¹³⁸ durch.

In einer öffentlichen Anhörung in seiner 18. Sitzung am 26. September 2022 erörterte er das Thema „Maßnahmen gegen den Berufskraftfahrerinnen- und -fahrermangel hinsichtlich ihrer Qualifikation“¹³⁹ und in einer öffentlichen Anhörung in seiner 27. Sitzung am 12. Dezember 2022 das Thema „Maßnahmen gegen den Berufskraftfahrerinnen- und -fahrermangel hinsichtlich ihrer Arbeitsbedingungen, insbesondere der Situation an Rampen und auf Rastanlagen“. ¹⁴⁰

¹³⁵ [Informationen zur Anhörung im Webangebot des Ausschusses](#)

¹³⁶ Drucksache [20/11143](#)

¹³⁷ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/11666](#)

¹³⁸ hiB [251/2022](#) und [Informationen zur Anhörung im Webangebot des Ausschusses](#)

¹³⁹ hiB [484/2022](#) und [Informationen zur Anhörung im Webangebot des Ausschusses](#)

¹⁴⁰ hiB [737/2022](#) und [Informationen zur Anhörung im Webangebot des Ausschusses](#)



Weiterhin hat der Verkehrsausschuss den von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Antrag „**Güterverkehrs- und Logistikbranche aus der Krise führen**“¹⁴¹ beraten. Nach dem Antrag sollte Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern, die Instandsetzung der Verkehrsinfrastruktur verkehrsträgerübergreifend zu beschleunigen sowie Transportunternehmen zu unterstützen, die ihre Lkw mit Flüssigerdgas (liquefied natural gas – LNG) betrieben. In seiner 37. Sitzung am 27. März 2023 hat der Verkehrsausschuss zu diesem Antrag ebenfalls eine öffentliche Anhörung durchgeführt, in der die verschiedenen Probleme der Branche durch die eingeladenen Auskunftspersonen angesprochen wurden.¹⁴² Nach abschließender Beratung im Ausschuss, während der von der Koalitionsseite unter anderem vorgetragen wurde, der Antrag enthalte kaum geeignete Lösungsansätze, wurde der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.¹⁴³

Auch der von den Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP eingebrachte Antrag „**Transportlogistik für Deutschland sichern – Mit fairen Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen im Straßengüterverkehr**“¹⁴⁴ setzte sich mit Herausforderungen in der Güterkraftverkehrs- und Logistikbranche auseinander. Die Bundesregierung sollte dazu aufgefordert werden, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel wettbewerbsverzerrende und unfaire Arbeitsbedingungen in dem Wirtschaftsbereich zu bekämpfen und sich dafür einzusetzen, die Beschäftigungssituation zu verbessern, sowie die Berufskraftfahrerqualifizierung zu entbürokratisieren. Weiterhin sollte die Bundesregierung Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und zur Stärkung des Schienengüterverkehrs ergreifen. Der Antrag wurde in der abschließenden Beratung mit der Mehrheit im Ausschuss angenommen.¹⁴⁵

Die Mehrheit des Verkehrsausschusses hat zudem die Annahme des von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurfs „**Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung von Gesetzen und Verordnungen an die neue Behördenbezeichnung des Bundesamtes für Güterverkehr**“¹⁴⁶ ohne Änderungen empfohlen.¹⁴⁷

¹⁴¹ Drucksache [20/3932](#)

¹⁴² hib [221/2023](#) und [Informationen zur Anhörung im Webangebot des Ausschusses](#)

¹⁴³ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/7482](#)

¹⁴⁴ Drucksache [20/6423](#)

¹⁴⁵ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/6423](#)

¹⁴⁶ Drucksache [20/4655](#)

¹⁴⁷ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/4870](#)



Die Wettbewerbsbedingungen in der Güterverkehrs- und Logistikbranche waren Gegenstand des von der Fraktion der AfD eingebrachten Antrags „**Kabotage modernisieren – Einheimische Transportunternehmen vor unerlaubtem Preisdumping schützen**“¹⁴⁸. Mit dem Antrag sollte die Bundesregierung unter anderem aufgefordert werden, sich sowohl national und auch auf EU-Ebene aktiv für die Etablierung fairer Wettbewerbsbedingungen auf dem Güterkraftverkehrsmarkt des europäischen Binnenmarktes einzusetzen. Der Antrag wurde vom Ausschuss nach abschließender Beratung, in der unter anderem auf geplante und laufende Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbssituation in der Branche hingewiesen wurde, mit Mehrheit abgelehnt.¹⁴⁹

Der Ausschuss hat weiterhin den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf „**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Verkehrsstatistikgesetzes und des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetzes**“¹⁵⁰ beraten. Der Gesetzentwurf sollte dazu dienen, durch Änderungen im Verkehrsstatistikgesetz bestimmte Schienenverkehrs- und Omnibusunternehmen von statistischen Auskunftspflichten zu entlasten. Zudem sollte der Bedarf nach präzisen regionalen Zuordnungen von Güterströmen im Eisenbahnverkehr befriedigt werden und das Berufskraftfahrerqualifikationsgesetz sollte so angepasst werden, dass Deutschland künftig auf Änderungen europäischer Regelungen im Zusammenhang mit Fahrerdokumenten reagieren kann. Die Mehrheit im Ausschuss hat den Gesetzentwurf mit Änderungen angenommen.¹⁵¹

Um eine Aufforderung des Deutschen Bundestages aus der 19. Wahlperiode umzusetzen, eine Berufskraftfahrerqualifikationsverordnung vorzulegen, in der Regelungen über die Möglichkeit zum Einsatz von E-Learning enthalten sind¹⁵², hat die Bundesregierung den Gesetzentwurf „**Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetzes und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften**“¹⁵³ eingebracht. Damit sollte insbesondere das Berufskraftfahrerqualifikationsgesetz um Regelungen zur Speicherung von Informationen über die Durchführung von E-Learning in Form des digitalen Unterrichts in synchroner und asynchroner Form in

¹⁴⁸ Drucksache [20/6534](#)

¹⁴⁹ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/6982](#)

¹⁵⁰ Drucksache [20/6822](#)

¹⁵¹ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/7621](#)

¹⁵² Drucksache [19/23185\(neu\)](#)

¹⁵³ Drucksache [20/12658](#)



der Weiterbildung von Berufskraftfahrern ergänzt werden. Wegen des vorzeitigen Endes der 20. Wahlperiode hat der Ausschuss diesen Gesetzentwurf jedoch nicht mehr beraten.

Die **Raststätten** an Autobahnen und die Pläne des BMDV zur qualitativen Weiterentwicklung der Infrastruktur an unbewirtschafteten Raststätten waren im März 2023 Gegenstand der Beratung im Ausschuss.¹⁵⁴ Im September 2023 wurde im Verkehrsausschuss über die **Zukunft des Straßen- und Schienen-güterverkehrs** beraten.¹⁵⁵

8. Lkw-Maut

Auch die Lkw-Maut war ein wichtiger Gegenstand der Ausschussberatungen. Die Wichtigkeit des Themas ergibt sich nicht zuletzt aus der erheblichen Bedeutung der Einnahmen aus der Lkw-Maut für die Verkehrsinfrastrukturfinanzierung. Die Höhe dieser Einnahmen wurde durch die Gesetzesbeschlüsse der 20. Wahlperiode erheblich gesteigert, auf etwa 12,96 Milliarden Euro im Jahr 2024¹⁵⁶.

Mit dem „**Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes¹⁵⁷**“ strebte die Bundesregierung die Anpassung der Mautsätze zum 1. Januar 2023 in Umsetzung des Wegekostengutachtens 2023 bis 2027 und unter Nutzung der erweiterten Spielräume zur Auslastung der externen Kosten gemäß der novellierten Richtlinie 1999/62/EG an. In einer dazu am 12. Oktober 2022 durchgeföhrten öffentlichen Anhörung wurde die Mauterhöhung kontrovers diskutiert. So äußerte sich die Güterverkehrsbranche ablehnend. Die geplante Mauterhöhung bedeute eine zusätzliche Belastung für Unternehmen und Verbraucher. Andere Stimmen begrüßten die Erhöhung hingegen aus klima- und umweltpolitischen Gründen¹⁵⁸. Der Gesetzentwurf wurde in der abschließenden Beratung im Verkehrsausschuss mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen unverändert angenommen¹⁵⁹.

¹⁵⁴ Information für den Ausschuss auf Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Raststätten der Zukunft - Pläne des BMDV zur qualitativen Weiterentwicklung der Infrastruktur an unbewirtschafteten Raststätten entlang der Autobahnen“

¹⁵⁵ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Zukunft des Straßen- und Schienengüterverkehrs klarstellen – Unsicherheiten beseitigen“

¹⁵⁶ S. Informationen des BMV zur LKW-Maut: <https://www.bmv.de/Shared-Docs/DE/Artikel/StV/Strassenverkehr/lkw-maut.html>

¹⁵⁷ Drucksache [20/3171](#)

¹⁵⁸ [Informationen zur Anhörung im Webangebot des Ausschusses](#)

¹⁵⁹ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/4476](#)



Mit dem von der Bundesregierung vorgelegten „**Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung mautrechtlicher Vorschriften**¹⁶⁰“ erfolgte eine weitere gesetzliche Anpassung des Mautsystems. Ziel war die Umsetzung von EU-Recht, unter anderem durch die Einbeziehung von Nutzfahrzeugen des Güterkraftverkehrs ab 3,5 Tonnen technisch zulässiger Gesamtmasse in die Mautpflicht ab dem 1. Juli 2024 sowie durch die Umsetzung einer Kohlenstoffdioxid-Differenzierung der Lkw-Maut.

Der Ausschuss führte auch zu diesem Gesetzentwurf eine öffentliche Anhörung durch. In der Anhörung am 25. September 2023 wurde der Gesetzentwurf kontrovers erörtert. Mehrere Verbandsvertreter aus der Speditions- und Logistikbranche übten Kritik an der geplanten Erhöhung der Lkw-Maut, während das Gesetzesvorhaben von anderer Seite begrüßt wurde.¹⁶¹ Den Gesetzentwurf sowie einen diesbezüglichen Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen nahm der Ausschuss mit Mehrheit an.¹⁶²

Die mit dem vorgenannten Gesetzentwurf verbundene Ausweitung der Mautpflicht auf Fahrzeuge mit einer technisch zulässigen Gesamtmasse von mehr als 3,5 Tonne beinhaltete eine Mautbefreiung für Handwerker und vergleichbare handwerkliche Tätigkeiten. In ihrem Antrag „**Rechtssicherheit schaffen und für mehr Gerechtigkeit sorgen – Keine Benachteiligung einzelner Berufsgruppen durch die Erweiterung der Lkw-Maut ab 1. Juli 2024**¹⁶³“ forderte die Fraktion der CDU/CSU, der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung auffordern, die Ausnahmen von der Lkw-Mautpflicht für Handwerker und vergleichbare Tätigkeiten gerechter und umfassender umzusetzen, um eine Ungleichbehandlung zu vermeiden. In der abschließenden Ausschussberatung, in der als Gegenargument gegen die in dem Antrag enthaltenen Forderungen unter anderem vorgetragen wurde, aus rechtlicher Sicht seien weitere Ausnahmetatbestände nicht möglich, wurde der Antrag vom Ausschuss mit Mehrheit abgelehnt.¹⁶⁴

¹⁶⁰ Drucksache [20/8092](#)

¹⁶¹ hib [687/2023, Informationen zur Anhörung im Webangebot des Ausschusses](#)

¹⁶² Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/8894](#)

¹⁶³ Drucksache [20/11956](#)

¹⁶⁴ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/13609](#)



9. Fahrradverkehr

Auch der Nationale Radverkehrsplan (NRVP) 3.0¹⁶⁵, der die Strategie der Bundesregierung zur Förderung des Radverkehrs in Deutschland für die Zeit bis 2023 formuliert, war Gegenstand von Ausschussberatungen. Anlass war der von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachte Antrag „**Fahrradland Deutschland – Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans**“¹⁶⁶. Gemäß dem Antrag sollte der Deutsche Bundestag die Bundesregierung zur Umsetzung der Ziele des NRVP auffordern. Im Laufe der Beratung bestand fraktionsübergreifend großes Einvernehmen hinsichtlich der Bedeutung des Fahrradverkehrs in Deutschland. Dabei wurden auch bereits laufende Fördermaßnahmen, wie etwa das Sonderprogramm „Stadt und Land“, angesprochen. Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.¹⁶⁷

Im November 2023 beriet der Ausschuss ausführlich über einen Vorschlag für eine **europäische Erklärung zum Radverkehr** (Ratsdok.-Nr. 13832/23).

10. Schifffahrt

Wasserstraßen, Schifffahrt und Häfen sind als Drehscheiben des nationalen und internationalen Handels für die Volkswirtschaft Deutschlands von großer Bedeutung. Daher war die Schifffahrt wiederholt Thema im Ausschuss.

Mit dem „**Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung schifffahrtsrechtlicher Vorschriften**“¹⁶⁸ legte die Bundesregierung zu Beginn des Jahres 2023 ein Gesetz zur Änderung des Binnenschifffahrtsaufgabengesetzes, des Seeaufgabengesetzes sowie der Sportbootführerscheinverordnung vor. Ziel dieser Gesetzesänderungen war es, die Voraussetzungen für ein vom Bund geführtes Register der Sportbootführerscheininhaber zu schaffen und Änderungen für den Bereich der Tauglichkeitsuntersuchungen im Seearbeitsgesetz vorzunehmen. Der Gesetzentwurf wurde vom Ausschuss mehrheitlich angenommen.¹⁶⁹

¹⁶⁵ <https://www.bmv.de/SharedDocs/DE/Artikel/StV/Radverkehr/nationaler-radverkehrsplan-3-0.html>

¹⁶⁶ Drucksache [20/5546](#)

¹⁶⁷ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/6186](#)

¹⁶⁸ Drucksache [20/5163](#)

¹⁶⁹ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/5569](#)



Mit ihrem Antrag „**Hafenstandort Deutschland stärken**¹⁷⁰“ setzte sich die Fraktion der CDU/CSU dafür ein, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern sollte, die Infrastruktur deutscher Häfen zu verbessern und damit deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. In einer zu dem Antrag im Mai 2023 durchgeführten öffentlichen Anhörung bestätigten Experten Wettbewerbsnachteile deutscher Seehäfen im Vergleich zu deren europäischen Konkurrenten in Antwerpen und Rotterdam. Die in dem Antrag erhobenen Forderungen wurden aber unterschiedlich bewertet.¹⁷¹ Der Antrag wurde in der abschließenden Beratung vom Ausschuss mit Mehrheit abgelehnt.¹⁷²

Mit dem „**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Übereinkommens über die Internationale Seeschiffahrts-Organisation**¹⁷³“ brachte die Bundesregierung einen Gesetzentwurf ein, mit dem Deutschland die erforderliche Zustimmung zur Änderung der Regularien der **International Maritime Organisation** (IMO) gab. Der Verkehrsausschuss empfahl mehrheitlich die Annahme dieses Gesetzentwurfs.¹⁷⁴

Mit einer mehrheitlich beschlossenen Empfehlung für die Zustimmung zu dem „**Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 27. Januar 2021 über die Internationale Organisation für Navigationshilfen in der Schifffahrt**¹⁷⁵“ schuf der Verkehrsausschuss die Voraussetzungen zu einer weiteren Ratifizierung internationaler Vorschriften im Seeschiffahrtsbereich. Mit der Konvention sollte der rechtliche Status der **International Association of Marine Aids to Navigation and Lighthouse Authorities** (IALA) von einer Nichtregierungsorganisation in eine zwischenstaatliche Organisation geändert werden.¹⁷⁶

Im April 2024 brachte die Fraktion der CDU/CSU einen Antrag mit dem Titel „**Nationale Hafenstrategie fertigstellen – Finanzierung verbindlich zusagen**¹⁷⁷“ ein. In einer dazu vom Verkehrsausschuss durchgeführten öffentlichen Anhörung wurde

¹⁷⁰ Drucksache [20/5218](#)

¹⁷¹ hib [335/2023](#) und [Informationen zur Anhörung im Webangebot des Ausschusses](#)

¹⁷² Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/6754](#)

¹⁷³ Drucksache [20/5651](#)

¹⁷⁴ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/6159](#)

¹⁷⁵ Drucksache [20/6312](#)

¹⁷⁶ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/6755](#)

¹⁷⁷ Drucksache [20/10385](#)



auch die zwischenzeitlich vorliegenden „**Nationale Hafenstrategie der Bundesregierung für die See- und Binnenhäfen**¹⁷⁸“ angesprochen. Diese wurde von den Expertinnen und Experten grundsätzlich befürwortet, allerdings wurde zum Teil eine mangelnde finanzielle Unterlegung der darin enthaltenen Maßnahmen kritisiert. Der Verkehrsausschuss lehnte den Antrag der CDU/CSU-Fraktion in der abschließenden Beratung mehrheitlich ab.¹⁷⁹

Die Fraktion der CDU/CSU legte einen weiteren Antrag mit dem Titel „**Binnenschifffahrt stärken**¹⁸⁰“ vor, der die Verbesserung der Infrastruktur für die Binnenschifffahrt zum Ziel hatte. In einer dazu durchgeführten öffentlichen Anhörung beklagten die Auskunftspersonen unter anderem einen Investitionsstau bei der Wasserstraßeninfrastruktur.¹⁸¹ Auch dieser Antrag wurde vom Verkehrsausschuss in der abschließenden Beratung mehrheitlich abgelehnt.¹⁸²

Die Fraktion der AfD brachte einen Antrag mit dem Titel „**Einführung einer gesetzlichen Haftpflichtversicherung für die Binnenschifffahrt**¹⁸³“ ein. Ziel des Antrags war es, alle Binnenschiffe auf Bundeswasserstraßen gesetzlich dazu zu verpflichten, eine Haftpflichtversicherung abzuschließen, die im Falle von verursachten Schäden diese finanziell reguliert. Zu diesem Antrag wurde vom Verkehrsausschuss mit Mehrheit empfohlen, ihn abzulehnen.¹⁸⁴

Auch über die überwiesenen Vorlagen hinaus befasste sich der Ausschuss unter verschiedenen Aspekten mit der Schifffahrt. Im Mai 2023 war der aktuelle Sachstand bei der **Beschleunigungskommission Rhein** Gegenstand der Beratung¹⁸⁵.

¹⁷⁸ Drucksache [20/10900](#)

¹⁷⁹ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/11447](#)

¹⁸⁰ Drucksache [20/10386](#)

¹⁸¹ hib [307/2024](#) und [Informationen zur Anhörung im Webangebot des Ausschusses](#)

¹⁸² Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/12656](#)

¹⁸³ Drucksache [20/11756](#)

¹⁸⁴ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/13060](#)

¹⁸⁵ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zum aktuellen Sachstand der Beschleunigungskommission Rhein



Im Oktober 2022 beriet der Ausschuss zum Thema „**Neckarschleusen**“.¹⁸⁶ Der **Ausbau der Neckarschleusen** war im September 2023 erneut Thema der Ausschussberatung.¹⁸⁷ Um den Realisierungsstand der im Bundesverkehrswegeplan 2030 festgeschriebenen **Bundeswasserstraßen** ging es in den Ausschussberatungen im Mai 2024.¹⁸⁸

Mit dem **Zustand der Binnenschifffahrtswege** sowie der **Ausstattung der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung** setzte sich der Ausschuss im April 2023 auseinander.¹⁸⁹

Im Dezember 2024 ließ sich der Verkehrsausschuss über die in Folge eines Unfalls beschädigte **Moselschleuse Müden** und über die Folgen für die Binnenschifffahrt informieren.¹⁹⁰

11. Luftverkehr und Satelliten

Fragen des Luftverkehrs in Deutschland waren auch in der 20. Wahlperiode wiederholt Thema im Ausschuss.

Mit dem „**Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen für einen nachhaltigen Luftverkehr**“ befasste sich der Ausschuss am 16. Februar 2022 (Ratsdok.-Nr. 10884/21). Dabei wurden die Herausforderungen für die im internationalen Wettbewerb stehende Luftverkehrsbranche angesichts der Klimaschutz- und Emissionsreduktionsziele kontrovers diskutiert.

Am 25. Januar 2023 wurde über eine Mitteilung zum Thema „**Eine Drohnenstrategie 2.0 für ein intelligentes, nachhaltiges Ökosystem für unbemannte Luftfahrzeuge in Europa**“ (Ratsdok.-Nr. 15432/22) gesprochen. Im Verlauf der Beratung wurden die Potenziale sowie die wirtschaftlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen eines vermehrten Einsatzes von Drohnen diskutiert.

¹⁸⁶ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Neckarschleusen sanieren und ausbauen“

¹⁸⁷ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. „Absage des Bundes zum zügigen Ausbau der Neckarschleusen“

¹⁸⁸ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der AfD „Realisierungsstand der im Bundesverkehrswegeplan 2030 festgeschriebenen Bundeswasserstraßen“

¹⁸⁹ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. „Zustand der Binnenschifffahrtswege, Ausstattung der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung“

¹⁹⁰ Berichte des BMDV auf Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aktuellen Situation auf der Mosel und die Folgen für die Binnenschifffahrt und auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU zu dem Unfall an der Moselschleuse in Müden



Im Oktober 2023 hat sich der Ausschuss mit Verhandlungen zwischen der EU und den USA über Sicherheitsverfahren für den **Start von Galileo-Satelliten vom Hoheitsgebiet der Vereinigten Staaten aus** befasst (Ratsdok.-Nr. 11233/23). Fraktionsübergreifend bestand Einigkeit über die Wichtigkeit des Galileo-Satellitenprogramms, weswegen die europäische Initiative auf breite Zustimmung im Ausschuss stieß.

Die Fraktion der AfD brachte im Plenum einen Antrag mit dem Titel „**Vergabe der Start- und Landerechte an deutschen Flughäfen reformieren und unnötige Flüge vermeiden**¹⁹¹“ ein. Ziel des Antrags war es unter anderem, die Bundesregierung aufzufordern, sich auf europäischer Ebene zur Vermeidung unnötiger Flüge für eine Reform der Regeln zur Vergabe von Flughafen-Slots einzusetzen und dabei einen Sekundärhandel solcher Slots durch Fluggesellschaften anzustreben. Der Antrag wurde vom Ausschuss mehrheitlich abgelehnt.¹⁹²

Unter Verweis auf hohe Standortkosten am Luftverkehrsstandort Deutschland brachte die Fraktion der CDU/CSU einen Antrag mit dem Titel „**Stärkung des Luftverkehrsstandortes Deutschland – für angemessene Standortkosten, effiziente Abfertigung und sichere Arbeitsplätze**¹⁹³“ ein. In dem Antrag forderte sie die Rücknahme der Erhöhung der Luftverkehrssteuer sowie die Ablehnung der Einführung einer Kerosinsteuer. Zu diesem Antrag fand im Ausschuss am 3. Juli 2024 eine öffentliche Anhörung statt, in der unter anderen Experten der Luftverkehrsbranche gehört wurden.¹⁹⁴ Den Antrag der Fraktion der CDU/CSU lehnte der Ausschuss in der abschließenden Beratung mehrheitlich ab.¹⁹⁵

Einen Gesetzentwurf zur Ratifizierung eines **Luftverkehrsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Angola**¹⁹⁶ hat der Ausschuss mit Mehrheit zur Annahme empfohlen.¹⁹⁷

¹⁹¹ Drucksache [20/3702](#)

¹⁹² Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/4138](#)

¹⁹³ Drucksache [20/11381](#)

¹⁹⁴ [Informationen zur Anhörung im Webangebot des Ausschusses](#)

¹⁹⁵ [hib 485/2024, Informationen zur Anhörung im Webangebot des Ausschusses](#)

¹⁹⁶ Drucksache [20/6311](#)

¹⁹⁷ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/6753](#)



Auch darüber hinaus standen Themen des Luftverkehrs auf der Tagesordnung des Ausschusses. Im Januar 2022 befasste sich der Verkehrsausschuss mit **pandemiebedingten Leerflügen**.¹⁹⁸ Ebenfalls im Januar 2022 ging es um die EU-Regelung zur Slot-Vergabe.¹⁹⁹

Die Situation an **Flughäfen zu Beginn der Ferienzeit** war im September 2022 ein Thema der Debatte im Verkehrsausschuss.²⁰⁰

Ende November 2022 wurde im Ausschuss ein **Vorfall am Flughafen BER** am 24. November 2022²⁰¹ behandelt. Bei diesem Vorfall betraten Personen aus einer Klimaaktivistengruppe das Flughafengelände des BER, nachdem sie den Außenzaun durchschnitten hatten. Einige dieser Personen hatten ihre Hände dann auf dem Boden festklebt. Das führte dazu, dass der Flugbetrieb am BER vorübergehend eingestellt werden musste.

Im Juni 2023 wurde im Ausschuss über Auswirkungen der multinationalen **Luftwaffenübung „Air Defender 23“** auf den zivilen Luftverkehr gesprochen²⁰². Ebenfalls im Juni 2023 wurde ein Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Zielsetzungen und erste Beratungen des Arbeitskreises ‚Klimaneutraler Luftverkehr‘“ erstattet²⁰³.

Die **Nationale Luftfahrtkonferenz** und die **Sicherheitslage an Flughäfen** waren im November 2023 Gegenstand der Beratung.²⁰⁴

¹⁹⁸ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. „Pandemiebedingte Leerflüge - Kosten und Klimafolgen“

¹⁹⁹ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Unnötige Flüge aufgrund der EU-Regelung zur Slot-Vergabe“

²⁰⁰ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Reaktion der Bundesregierung auf das aktuelle Chaos an Flughäfen zu Beginn der Ferienzeit“

²⁰¹ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Klima-Kleber am BER“

²⁰² Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Auswirkungen der multinationalen Luftwaffenübung „Air Defender 23“ auf den zivilen Luftverkehr“

²⁰³ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Zielsetzungen und erste Beratungen des Arbeitskreises ‚Klimaneutraler Luftverkehr‘“

²⁰⁴ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP über die Nationale Luftfahrtkonferenz und Sicherheitslage an Flughäfen“



12. Verkehrsinfrastruktur

Autobahn GmbH des Bundes

Im Februar 2023 legte das BMDV dem Verkehrsausschuss einen Entwurf des **Gesellschaftsvertrages der Autobahn GmbH** des Bundes mit geplanten Änderungen gegenüber dem bestehenden Gesellschaftsvertrag vor und bat den Ausschuss um seine Zustimmung gemäß § 2 Absatz 3 des Infrastrukturgesellschaftserrichtungsgesetz (InfrGG). Die Beratung wurde im Ausschuss mehrfach vertagt, da noch Klärungsbedarf bestand, auch im Hinblick auf Kritik des Bundesrechnungshofes an dem vom BMDV vorgelegten Entwurf. Im Juni 2023 übermittelte das BMDV dem Ausschuss einen geänderten Entwurf und berichtete über ein Abstimmungsgespräch mit dem Bundesrechnungshof. In seiner Sitzung am 20. März 2024 beriet der Ausschuss den geänderten Entwurf und beschloss mit Mehrheit seine Zustimmung gemäß § 2 Absatz 3 des Infrastrukturgesellschaftserrichtungsgesetzes.

In seiner Sitzung am 13. November 2024 führte der Ausschuss ein ausführliches Gespräch mit Mitgliedern der **Geschäftsführung der Autobahn GmbH**. An dem Gespräch zu aktuellen Fragen nahmen der Vorsitzende der Geschäftsführung Dr. Michael Güntner sowie die Mitglieder der Geschäftsführung Dirk Brandenburger und Sebastian Mohr teil.

Straßenbrücken

Besonders der Zustand und die Sanierung der Straßenbrücken in Deutschland war ein wichtiges Thema, welches den Verkehrsausschuss in der 20. Wahlperiode immer wieder beschäftigt hat. Die Sanierung der Straßenbrücken sowie der Sachstand beim Brückenmodernisierungsprogramm der Bundesregierung wurden immer wieder in verschiedenen Zusammenhängen erörtert.

Im Januar 2024 befasste sich der Ausschuss mit der Frage der Erreichung der Ziele bei **Brückenmodernisierungen**.²⁰⁵

Im Kontext des Themas „Straßenbrücken“ hat den Ausschuss vor allem auch die **Talbrücke Rahmede** auf der BAB45 bei Lüdenscheid beschäftigt, die im Dezember 2021 gesperrt wurde, weil Schäden am Tragwerk festgestellt worden waren.

Bereits in seiner 3. Sitzung im Januar 2022 ließ sich der Ausschuss durch das BMDV über die daraus folgende Vollsperrung

²⁰⁵ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Verpasste Ziele bei Brückenmodernisierungen“



der A45 bei Lüdenscheid und eine Beschleunigung des Neubaus der Talbrücke Rahmede informieren.²⁰⁶ Im Mai 2022 befasste er sich mit der fortdauernden Vollsperrung der Rahmedetalbrücke.²⁰⁷ Über den aktuellen Sachstand zum Ersatzneubau der Talbrücke Rahmede auf der A45 ließ er sich im Oktober 2022 unterrichten.²⁰⁸ Auch im Mai des Jahres 2023 war die Rahmedetalbrücke Gegenstand der Ausschussberatungen. Erörtert wurde die Frage einer Entlastung für Lüdenscheid und das Sauerland durch eine Behelfsbrücke über das Rahmedetal²⁰⁹. Um den aktuelle Stand des Vergabeverfahrens zum Neubau der Rahmedetalbrücke ging es erneut im Juli 2023.²¹⁰ Auch in verschiedenen andern Kontexten wurde das Thema angesprochen, etwa in einem Gespräch des Ausschusses mit Bundesminister Dr. Wissing.

Weiter hat sich der Ausschuss mit den Ursachen und den Konsequenzen des **Einsturzes der Carolabrücke in Dresden** im Jahr 2024 befasst.²¹¹

Auch der **Zustand der Autobahnbrücken im Großraum Stuttgart** war im Jahr 2025 Gegenstand der Beratung im Ausschuss.²¹²

Infrastrukturausbau, -erhaltung und -finanzierung, Erhalt, Ausbau und Neubau der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland waren unter anderem im Dezember 2022 Beratungsgegenstand im Ausschuss²¹³.

²⁰⁶ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Vollsperrung der A45 bei Lüdenscheid / Beschleunigung des Neubaus der Talbrücke Rahmede auf der A45“

²⁰⁷ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Sechs Monate Vollsperrung der Rahmedetalbrücke auf der BAB 45“

²⁰⁸ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Aktueller Sachstand zum Ersatzneubau der Talbrücke Rahmede auf der BAB 45“

²⁰⁹ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Entlastung für Lüdenscheid und das Sauerland: Behelfsbrücke über das Rahmede-Tal“

²¹⁰ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Aktueller Stand des Vergabeverfahrens zum Neubau der Rahmedetalbrücke“

²¹¹ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der AfD „Konsequenzen aus dem Einsturz der Carolabrücke in Dresden“.

²¹² Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Zustand der Autobahnbrücken im Großraum Stuttgart“

²¹³ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Uneinigkeit der Ampel-Koalition bei der Beschleunigung des Erhalts, Ausbaus und Neubaus der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland“



Die **Finanzierung der Autobahnen** des Bundes wurde unter anderem im Dezember 2024 im Verkehrsausschuss behandelt²¹⁴.

Im Kontext der Debatte über eine Änderung des Grundgesetzes (Artikel 109, 115 und 143h) waren im März 2025 „Finanzierungsbedarfe und **Reform der Finanzierungsarchitektur** für die Verkehrsinfrastruktur in der Bundesrepublik Deutschland“ ein weiteres Beratungsthema.²¹⁵

Investitionsgesetz Kohleregionen

Gemäß § 24 des Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG) hat das BMDV vor Beginn der Planung und Umsetzung einer Infrastrukturmaßnahme nach dem InvKG dem Verkehrsausschuss und dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages einen Bericht vorzulegen. Nach einer zustimmenden Kenntnisnahme der Ausschüsse kann das BMDV dem jeweiligen Vorhabenträger dann die Zustimmung zur Planung und Umsetzung der genannten Maßnahme erteilen. Einen solchen Bericht hat das Ministerium dem Verkehrsausschuss im Februar 2023 vorgelegt, bei dem es um die Maßnahme „S-Bahn-Netz Rheinisches Revier, Abschnitt Ost“ ging. Den Bericht hat der Ausschuss im März 2023 gemäß § 24 Investitionsgesetz Kohleregionen einstimmig zustimmend zur Kenntnis genommen.

13. Planungsrecht

In seiner Sitzung am 6. April 2022 beriet der Ausschuss einen Verordnungsvorschlag für den **Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes** (Ratsdok.-Nr. 15109/21).

Mit dem erklärten Ziel, die Sanierung von Brücken an Bundesfernstraßen zu beschleunigen, brachte die Fraktion der CDU/CSU einen Gesetzentwurf mit dem Titel „**Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren an Brücken auf Bundesfernstraßen**²¹⁶“ ein. Der Gesetzentwurf sah vor, dass im Falle einer Baumaßnahme an einer Bundesfernstraße, für die ein Planfeststellungsverfahren vorgeschrieben ist, das Planfeststellungsverfahren und die Umweltverträglichkeitsprüfung verkürzt werden können. In einer dazu am 15. März 2023 durchgeführten öffentli-

²¹⁴ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der AfD „Autobahnen des Bundes ohne Geld – drohen Baustopps?“

²¹⁵ Bericht der Bundesregierung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Finanzierungsbedarfen und zur Reform der Finanzierungsarchitektur für die Verkehrsinfrastruktur in der Bundesrepublik Deutschland

²¹⁶ Drucksache [20/4665](#)



chen Anhörung waren sich die geladenen Expertinnen und Experten zwar weitgehend einig, dass es einer Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren für Autobahnbrücken bedürfe. Es bestand aber kein Einvernehmen, ob der vorgelegte Gesetzentwurf dafür geeignet sei.²¹⁷ Zu dem von der Fraktion der CDU/CSU vorgelegten Gesetzentwurf empfahl der Ausschuss in seiner abschließenden Beratung mehrheitlich dessen Ablehnung.²¹⁸

Mit dem „**Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/1187 über die Straffung von Maßnahmen zur rascheren Verwirklichung des transeuropäischen Verkehrsnetzes**²¹⁹“ brachte die Bundesregierung Maßnahmen zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich auf den Weg. Zudem sollte mit dem Gesetzentwurf die Richtlinie (EU) 2021/1187 in nationales Recht umgesetzt werden. In einer zu dem Gesetzentwurf am 20. September 2023 durchgeführten öffentlichen Anhörung²²⁰ äußerten sich die geladenen Sachverständigen zu den geplanten gesetzlichen Regelungen unterschiedlich, wobei insbesondere der im Gesetz genannte Begriff des „übergreifenden öffentlichen Interesses“ kontrovers diskutiert wurde. Der Gesetzentwurf wurde in geänderter Fassung im Ausschuss mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen angenommen.²²¹

14. Verkehrsprognosen

Im Ausschuss wurde das Thema „Verkehrsprognosen“ mehrfach kontrovers diskutiert. Im April 2023 ging es in den Beratungen um die Verkehrsprognose bis 2051 des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV).²²²

15. Klimaschutz im Verkehrssektor

Der Verkehrssektor hat mit etwa 20 Prozent einen erheblichen Anteil an den Treibhausgasemissionen Deutschlands. Der Verkehrsausschuss hat sich daher auch immer wieder mit der

²¹⁷ hib [195/2023](#) und [Informationen zur Anhörung im Webangebot des Ausschusses](#)

²¹⁸ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/6947](#)

²¹⁹ Drucksache [20/6879](#)

²²⁰ hib [671/2023](#) und [Informationen zur Anhörung im Webangebot des Ausschusses](#)

²²¹ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/8922](#)

²²² Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Verkehrsprognose bis 2051 des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV)“



Frage nach Beiträgen des Verkehrssektors zum Erreichen der Klimaschutzziele Deutschlands beschäftigt.

In seiner Sitzung am 16. Februar 2022 beriet der Ausschuss eine Reihe von **EU-Vorlagen zur Klimapolitik**.²²³

Die Fraktion der CDU/CSU nahm den Bus als Verkehrsmittel im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) mit ihren Antrag „**Den Bus als Schlüssel für eine alltagstaugliche und klimafreundliche Mobilität stärken**“ in den Blick.²²⁴ Ausgehend von der Auffassung, dass der Bus die beste Klimabilanz unter allen motorisierten Verkehrsmitteln aufweise und mit seiner Hilfe ein schneller und klimafreundlicher Ausbau des ÖPNV-Angebots gelingen würde, sollte der Bundestag die Bundesregierung gemäß dem Antrag auffordern, konkrete Maßnahmen, wie etwa die Änderung des Verteilungsmechanismus bei den Regionalisierungsmitteln, zu ergreifen, um die Rolle des Busses beim ÖPNV künftig zu stärken. In der Ausschusssberatung zu dem Antrag wurde darauf hingewiesen, dass aktuell bereits konkrete Maßnahmen in diesem Bereich umgesetzt bzw. aufgegriffen würden. Der Ausschuss lehnte den Antrag mit Mehrheit ab.²²⁵

16. Elektromobilität

Auch das Thema „Elektromobilität“ war im Verkehrsausschuss in der 20. Wahlperiode ein Beratungsgegenstand.

In seiner Sitzung am 3. Juli 2024 hat der Ausschuss über das Konzept des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur zur Erfüllung der Gewährleistungsaufgabe nach § 3 Absatz 8 des Gesetzes über die Bereitstellung flächendeckender Schnellladeinfrastruktur für reine Batterieelektrofahrzeuge (Schnellladegesetz) beraten. Das vorgelegte **Konzept zur Aus schreibung eines Lkw-Schnellladenetzes an unbewirtschafteten Rastanlagen** beschrieb die wesentlichen Grundsätze, Planungsschritte, technischen Festlegungen, das Verfahren sowie das Zielbild für die Errichtung eines deutschlandweiten Lkw-Ladenetzes entlang der Bundesautobahnen. Nach entsprechender Beratung erteilte der Verkehrsausschuss dem Konzept mit Mehrheit seine nach dem Gesetz erforderliche Zustimmung.

²²³ Ratsdok.-Nrn. 10849/21, 10867/21, 10869/21, 10875/21, 10902/21, 10906/21, 10917/21, 13268/21 und Entschließung des Europäischen Parlaments P9_TA(2021)0437

²²⁴ Drucksache [20/6541](#)

²²⁵ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/7039](#)



17. Verbrennungsmotor

Gemäß dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU „**Der Bundesminister für Digitales und Verkehr muss sein Versprechen einlösen – Kein Verbot des klimaneutralen Verbrennungsmotors**“²²⁶ sollte die Bundesregierung aufgefordert werden, verschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um insbesondere das Verbot von Verbrennungsmotoren abzuwenden, die mit klimafreundlichen Kraftstoffen betrieben würden. Gegen den Antrag wurde in der Debatte im Ausschuss unter anderem darauf hingewiesen, dass keine ausreichenden Mengen an E-Fuels verfügbar seien und diese insbesondere für Verkehrsträger benötigt würden, die nicht ohne Weiteres dekarbonisiert werden könnten. Der Ausschuss hat den Antrag mit Mehrheit abgelehnt.²²⁷

Mit dem Antrag „**Technologieoffener Klimaschutz im Straßenverkehr – Kein Verbot des klimaneutralen Verbrennungsmotors**“²²⁸ wollte die Fraktion der CDU/CSU erreichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordert, die Zukunft des klimafreundlichen Verbrennungsmotors in Deutschland dauerhaft und ohne Enddatum zu sichern und zu einer breit anwendbaren Dekarbonisierungsoption für den Verkehrsbereich weiterzuentwickeln. In der Beratung wurde gegen den Antrag unter anderem vorgebracht, dass sich die Frage stelle, wie man bei Umsetzung der Forderungen aus dem Antrag denn dann sicherstellen wolle, dass ein nach 2035 verkaufter Neuwagen keine fossilen, sondern ausschließlich klimaneutrale Kraftstoffe tanke. Der Antrag wurde mit der Mehrheit des Ausschusses abgelehnt.²²⁹

Auch über die überwiesenen Vorlagen hinaus hat sich der Verkehrsausschuss mit dem Thema „Verbrennungsmotor“ befasst. Im April 2023 ging es um den zwischen der Bundesregierung und der EU-Kommission erzielten Kompromiss zu Betrieb und Neuzulassung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor mit E-Fuels nach dem Jahr 2035.²³⁰

²²⁶ Drucksache [20/9322](#)

²²⁷ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/10359](#)

²²⁸ Drucksache [20/11759](#)

²²⁹ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/13608](#)

²³⁰ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU zum zwischen der Bundesregierung und der Kommission erzielten Kompromiss zu Betrieb und Neuzulassung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor mit E-Fuels nach dem Jahr 2035



18. Alternative Kraftstoffe

Der Ausschuss hat sich wiederholt mit dem Thema „alternative Kraftstoffe“ auseinandergesetzt.

EU-Vorlagen zu der Thematik beriet er im Februar 2022.²³¹ Im Verlauf der Beratung wurden die verschiedenen Facetten der Thematik, etwa im Hinblick auf die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge, diskutiert.

Die Fraktion der CDU/CSU brachte im Februar 2023 einen Antrag mit dem Titel „**Bezahlbare und klimafreundliche Mobilität fördern – Klimaneutrale Kraftstoffe im Verkehr nutzen**“²³² ein, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern sollte, alle zur Verfügung stehenden technischen und regulativen Maßnahmen zu nutzen, um den Einsatz von E-Fuels, Wasserstoff, fortschrittlichen Biokraftstoffen sowie nachhaltig zertifizierten Biokraftstoffen aus Anbaubiomasse zum Erreichen der Klimaziele zu ermöglichen. Der Antrag wurde vom Ausschuss im April 2023 abgelehnt²³³.

Am 16. Februar 2022 beriet der Ausschuss über den „**Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Nutzung erneuerbarer und kohlenstoffärmer Kraftstoffe im Seeverkehr und zur Änderung der Richtlinie 2009/16/EG**“ (Ratsdok.-Nr. 10327/21). Ein Aspekt der Beratung waren die politischen Handlungsoptionen für die Unterstützung der nationalen Schifffahrtsbranche beim Erreichen der Klimaschutzziele vor dem Hintergrund der langfristigen Investitionsentscheidungen und der globalen Wettbewerbssituation.

Mit dem Ziel, Treibhausgase einzusparen, brachte die Bundesregierung den „**Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes**“²³⁴ in den Deutschen Bundestag ein. Das Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetz regelt Mindestziele und deren Sicherstellung bei der Beschaffung bestimmter Straßenfahrzeuge und Dienstleistungen, für die diese Straßenfahrzeuge eingesetzt werden, durch öffentliche Auftraggeber und Sektorenauftraggeber. Konkret ging es bei dem Entwurf zur Änderung dieses Gesetzes darum, fossile Quellen bei der Nutzung paraffinischer Dieselkraftstoffe bei der Anrechnung von sauberen schweren Nutzfahrzeugen auf die

²³¹ Ratsdok.-Nrn. 10877/21, 10900/21

²³² Drucksache [20/5807](#)

²³³ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/6570](#)

²³⁴ Drucksache [20/8295](#)



Beschaffungsziele des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes und damit eine unbeabsichtigte Förderung paraffinischer Dieselkraftstoffe aus fossilen Quellen künftig auszuschließen. Der Ausschuss hat den Gesetzentwurf mit Änderungen mehrheitlich angenommen und dem Plenum des Deutschen Bundestages die entsprechende Zustimmung empfohlen.²³⁵

19. Verkehrslärm

Auch das Thema „Verkehrslärm“ beschäftigte den Ausschuss.

Mit dem im Mai 2022 von den Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vorgelegten „**Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes (10. FStrÄndG)**²³⁶“ sollte die Möglichkeit geschaffen werden, im Fall von Sperrungen von Bundesfernstraßen Anwohnern an Umleitungsstrecken die Ausgaben für passiven Schallschutz an ihren Gebäuden zu erstatten. Der Gesetzentwurf wurde im Ausschuss ohne Gegenstimmen angenommen.²³⁷

20. Barrierefreiheit

Das Thema „Barrierefreiheit im Verkehrssektor“ war ebenfalls Gegenstand von Ausschussberatungen.

Die Fraktion der CDU/CSU legte dazu im Juni 2023 einen Antrag „**Mobilität im öffentlichen Personennahverkehr und Schienenpersonennahverkehr für alle gestalten – Barrierefreiheit sichern**²³⁸“ vor. Gemäß diesem Antrag sollte der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, die in 20 Punkten aufgeführten Forderungen zur Barrierefreiheit im öffentlichen Personennahverkehr und im Schienenpersonennahverkehr im Rahmen der verfügbaren Haushaltssmittel umzusetzen. In der Ausschussberatung wurde von den Koalitionsfraktionen auf Maßnahmen hingewiesen, die in der 20. Wahlperiode in diesem Politikbereich bereits umgesetzt wurden oder sich in der Umsetzung befanden. Der Antrag wurde im September 2023 mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen im Ausschuss abgelehnt.²³⁹

²³⁵ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/10412](#)

²³⁶ Drucksache [20/1737](#)

²³⁷ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/1887](#)

²³⁸ Drucksache [20/7190](#)

²³⁹ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/9611](#)



21. Ukraine

Der Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 hatte auch erhebliche Auswirkungen auf den Verkehrssektor in Europa. Ab März 2022 ließ sich der Ausschuss in seinen Sitzungen regelmäßig vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr sowohl mündlich als auch teilweise schriftlich über die **Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf den Verkehrssektor** berichten. Bei den Berichten des Ministeriums ging es bei spielsweise um die Situation im Flugverkehr, um Kohletransporte per Eisenbahn, Getreidetransporte aus der Ukraine, die Anerkennung von ukrainischen Berufskraftfahrerqualifikationen, Regelungen zur Zulassung ukrainischer Kraftfahrzeuge zum deutschen Straßenverkehr und um Auswirkungen auf den Straßengüterverkehr.

22. Mobilitätsdaten

Mehrfach in den Ausschussberatungen angesprochen wurde ein geplantes Mobilitätsdatengesetz²⁴⁰. Im März 2023 ging es im Verkehrsausschuss um den Prozess zum Mobilitätsdatengesetz²⁴¹.

23. Haushalt

Der Verkehrsausschuss beteiligte sich jeweils an den Beratungen zum **Bundeshaushalt** und gab dazu gutachtliche Stellungnahmen ab. Regelmäßig beriet er auch die **Bemerkungen des Bundesrechnungshofes** zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes, soweit sie sein Fachgebiet betrafen.

Änderung des Grundgesetzes (Artikel 109, 115 und 143h)

Die Ausschusssitzung am 29. Januar 2025 wurde zunächst als die letzte Sitzung des Ausschusses in der 20. Wahlperiode betrachtet. Wegen der Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 109, 115 und 143h)²⁴², bei dem der Ausschuss – insbesondere im Hinblick auf das vorgesehene Sondervermögen für Investitionen in die Infrastrukturen – mitberatend war, wurden dann aber zwei weitere Ausschusssitzungen am Freitag, 14. März und Sonntag, 16. März 2025 er-

²⁴⁰ Ein solches Gesetz wurde Ende 2024 eingebracht (Drucksache [20/13954](#)), unterfiel dann aber der Diskontinuität nach § 125 der Geschäftsordnung.

²⁴¹ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Prozess zum Mobilitätsdatengesetz“

²⁴² Drucksache [20/15096](#)



forderlich. Der Verkehrsausschuss empfahl dem federführenden Haushaltsausschuss mit Mehrheit die Annahme dieses Gesetzentwurfs mit Änderungen.

24. Bundesministerium für Digitales und Verkehr

Um Gespräche des Bundesverkehrsministers mit Vertretern der „**Letzten Generation**“ ging es in einer Sitzung im Mai 2023.²⁴³

Die Entbindung eines Abteilungsleiter im BMDV von seinen Aufgaben durch Bundesminister Dr. Wissing war im März 2024 Thema einer Debatte im Verkehrsausschuss.²⁴⁴

Im Mai 2024 ging es in den Ausschussberatungen um die Frage von Tätigkeiten eines Mitarbeiters des BMDV für die **Bundesgeschäftsstelle der FDP**.²⁴⁵

25. Deutsche Zentrum für Mobilität der Zukunft

Das Konzept für das Deutsche Zentrum für Mobilität der Zukunft wurde in den Ausschussberatungen im April 2024 thematisiert.²⁴⁶

26. Deutscher Wetterdienst

Da der Deutsche Wetterdienst (DWD) als Bundesoberbehörde dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr zugeordnet ist, hat sich der Verkehrsausschuss auch mit Themen beschäftigt, die den DWD betrafen.

Anlässlich des siebzigjährigen Bestehens des DWD führte der Ausschuss am 24. April 2023 eine öffentliche Anhörung durch, in deren Verlauf die Wichtigkeit verlässlicher Wetterdaten und -prognosen des DWD etwa für Feuerwehren und Institutionen des Katastrophenschutzes sowie für den Flug- und den Schiffsverkehr von den teilnehmenden Auskunftspersonen betont wurde. Darüber hinaus ging es in der Anhörung auch um die

²⁴³ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der AfD „Gespräche des Bundesverkehrsministers mit Klimakleibern der ‚Letzten Generation‘“

²⁴⁴ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Entscheidung des Bundesministers Dr. Wissing, Abteilungsleiter Klaus Bonhoff von seinen Aufgaben zu entbinden“

²⁴⁵ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der AfD „Engagement eines Mitarbeiters des BMDV für die Bundesgeschäftsstelle der Freien Demokratischen Partei“

²⁴⁶ Bericht des BMDV auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Konzept für das Deutsche Zentrum für Mobilität der Zukunft (DZM) – Planungssicherheit schaffen und Forschung stärken“



Entwicklung des Naturgefahrenportals, das dem Ziel dienen solle, die Bevölkerung und wichtige Infrastrukturen in Deutschland noch besser rund um die Uhr vor Wetter- und Klimagefahren zu warnen und zu schützen.²⁴⁷



Abbildung 7: Sachverständige und Abgeordnete nach der Anhörung zum Deutschen Wetterdienst, © Deutscher Bundestag

Der Ausschuss hat auch die vom 20. April 2023 bis 12. Mai 2023 stattfindende Ausstellung zum Jubiläum des Deutschen Wetterdienstes "70 Jahre zwischen Natur und Gesellschaft" unterstützt, die Antworten auf Fragen gab, die auch im Alltag für alle Menschen wichtig sind. Die Ausstellung fand im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages statt, in dem auch die meisten Ausschüsse tagen. Nähere Informationen können unter der folgenden Web-Adresse abgerufen werden:
<https://www.bundestag.de/ausstellung-dwd>.

²⁴⁷ hib [294/2023](#) und [Informationen zur Anhörung im Webangebot des Ausschusses](#)

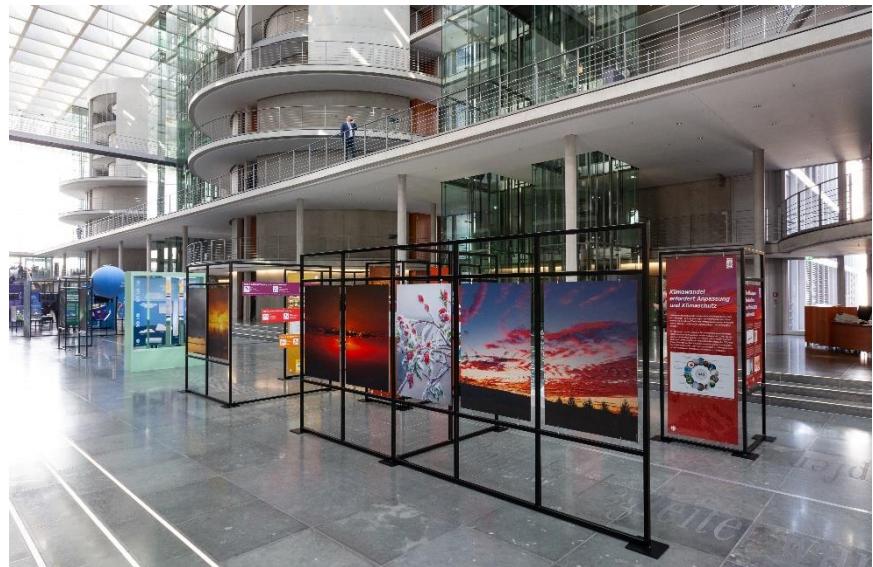


Abbildung 8: DWD-Ausstellung im Paul-Löbe-Haus, © DBT/Arndt Oehmichen

Unter anderem hat der Vorsitzende des Verkehrsausschusses Udo Schieffner zur Eröffnung der Ausstellung eine Rede gehalten.



Abbildung 9: Rede von Udo Schieffner bei der Eröffnungsfeier der Ausstellung, © DBT/Thomas Köhler/photothek

Im Jahr 2024 wurde vom Verkehrsausschuss der von der Bundesregierung eingebrachte „**Entwurf eines Zweiten Gesetzes**



zur Änderung des DWD-Gesetzes²⁴⁸ beraten. Ziel des Gesetzentwurfs war es unter anderem, eine Rechtsgrundlage dafür zu schaffen, dass der DWD im Hinblick auf Naturgefahren Frühwarnungen, Lage- und Vorsorgeinformationen über ein Naturgefahrenportal herausgeben darf. Ein solches Bundes-Naturgefahrenportal einzuführen, war von den Bundesländern initiiert worden. Der Ausschuss hat dem Plenum des Deutschen Bundestages empfohlen, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.²⁴⁹



Abbildung 10: Die Mitglieder des Verkehrsausschusses nach ihrer geplant letzten Sitzung am 29. Januar 2025, © DBT/Inga Haar

²⁴⁸ Drucksache [20/10032](#)

²⁴⁹ Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache [20/10428](#)



VI. Aktivitäten außerhalb der Sitzungen

1. Gespräche im Vorsitzendenformat

Der Ausschussvorsitzende Udo Schiefner, MdB, hatte sich in der 20. Wahlperiode das Ziel gesetzt, Behörden und Institutionen aus dem Verkehrsbereich Gelegenheit zu geben, sich vorzustellen und über ihre Arbeit zu informieren. Dazu hat er zu Gesprächen im sogenannten Vorsitzenden-Format, eingeladen. Interessierte Ausschussmitgliedern hat er dabei Gelegenheit gegeben, an den Gesprächen teilzunehmen. Damit wurde die Möglichkeit zu einem zwanglosen Informationsaustausch geschaffen, in dessen Rahmen sich interessante Erkenntnisse über die Arbeit der eingeladenen Gäste ergaben.

Mit folgenden Institutionen fanden in der 20. Wahlperiode Termine statt:

- TÜV-Verband e. V.
- Agora Verkehrswende
- Toll Collect GmbH
- Deutsche Flugsicherung GmbH
- Lotsenbrüderschaft Elbe
- Bundesamt für Logistik und Mobilität
- Die Autobahn GmbH des Bundes
- TRATON SE
- Kraftfahrt-Bundesamt
- Toll Collect GmbH
- Arbeitskreis klimaneutrale Luftfahrt
- Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie
- Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure
- Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt)
- Bahnhofsmission Deutschland e. V.
- Bundesministerium für Digitales und Verkehr zur Verkehrsprognose 2040

2. Weitere Veranstaltungen und Gespräche

- Im März 2022 fand ein Informationsaustausch mit einer Delegation des **Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr des Bayerischen Landtages** statt.
- Im Mai 2022 traf sich der Verkehrsausschuss mit dem **Bau- und Verkehrsausschuss des Deutschen Städtetages** zu einem Gedankenaustausch, womit eine bestehende Tradition fortgeführt wurde.
- Ebenfalls im Mai 2022 stellte die **Forschungsvereinigung Automobiltechnik e. V. (FAT)** zusammen mit dem **Verband**



der Automobilindustrie e. V. (VDA) ihr Positionspapier „Forschungspolitische Rahmenbedingungen“ vor.

- Im Mai 2023 diskutierten der Vorsitzende des Verkehrsausschusses Udo Schiefner, MdB, sowie weitere Mitglieder des Ausschusses und andere Mitglieder des Deutschen Bundestages mit Kommunalvertretern über das **Schienenverkehrsprojekt Alpha-E** sowie über alternative Vorschläge zum Neu- bzw. Ausbau von Bahnstrecken in Niedersachsen. Die Diskussion wurde bei einem weiteren Treffen im Juni 2023 mit anderen Kommunalvertretern fortgesetzt.
- Im Oktober 2024 informierte die **DB Fernverkehr**, Ausschussmitglieder über Neuerungen und Änderungen für das Fahrplanjahr 2025.

3. Internationale Kontakte

In der 20. Wahlperiode hatte der Verkehrsausschuss zahlreiche Gelegenheiten, sich mit internationalen Gesprächspartnern sowohl im Rahmen von Delegationsreisen in verschiedene Länder als auch bei Gesprächsterminen mit EU-Institutionen oder mit Besuchergruppen aus anderen Staaten im Deutschen Bundestag auszutauschen.

Delegationsreisen

So informierte sich eine Delegation des Verkehrsausschusses während einer Reise nach **Dänemark** im Juni 2022 über den Bau der Fehmarnbelt-Querung, verbunden mit der Besichtigung der Baustellen für den Tunnel auf deutscher und dänischer Seite. Bei den Gesprächen, welche die Delegationsmitglieder während der Reise führten, waren die Hinterlandanbindung des Fehmarnbelt-Tunnels auf deutscher Seite und die Zukunft des Fährverkehrs wichtige Themen. Ein weiteres Schwerpunktthema der Reise waren Fragen des Fahrradverkehrs. Die Abgeordneten befassten sich im Rahmen der Reise außerdem mit allgemeinen Fragen der Schaffung von Verkehrsinfrastruktur in Dänemark, namentlich mit dem Planungsrecht in dem skandinavischen Land. Zudem ging es um die Häfen und die Schiffsfahrt sowie um die Eisenbahn in Dänemark.



Abbildung 11 – Besichtigung der Baustelle des Fehmarnbelt-Tunnels – die Delegation mit dem deutschen Botschafter Prof. Dr. Pascal Hector (2. v. l.),
© Deutscher Bundestag

Auf einer Reise in die **US-Bundesstaaten Kalifornien und Washington** im Juni 2023 informierte sich eine Delegation des Verkehrsausschusses über den Stand der technischen Entwicklung auf den Gebieten der Elektromobilität und des autonomen Fahrens. Einen weiteren Schwerpunkt der Reise bildeten Gespräche zum Thema „nachhaltige und klimaneutrale Hafенwirtschaft und Digitalisierung“. Vor dem Hintergrund der Olympischen Sommerspiele 2028 in Los Angeles informierten sich die Delegationsmitglieder ferner über Konzepte des ÖPNV. Beim Besuch der Firma Boeing wurden Fragen der Luftverkehrswirtschaft unter Berücksichtigung der Aspekte zukünftiger klimafreundlicher Luftfahrt erörtert.

Eine Delegation des Verkehrsausschusses informierte sich im Mai 2024 auf einer Reise nach **Japan** in Gesprächen und Besichtigungen unter anderem über die Dekarbonisierung des Automobilverkehrs, über Bau, Finanzierung und Unterhaltung von Verkehrsinfrastruktur, über das japanische Eisenbahnwesen sowie die im Bau befindliche Magnetschwebebahn Chuo-Shinkansen. Darüber hinaus ging es der Delegation bei der Reise um Fragen der Schifffahrt sowie um lokale Mobilität und den ÖPNV in Japan.

Im Vorfeld der Reise nach Japan führte die Delegation in Berlin im Rahmen eines Briefings ein Gespräch mit dem japanischen Botschafter Hidenao Yanagi.



Bei einer Delegationsreise nach **Finnland und Estland** im Oktober 2024 erhielt eine Delegation des Ausschusses Einblicke in die Entwicklungen in den Bereichen Mobilität und Transport. Zentrale Gesprächsthemen waren die Digitalisierung und der Klimaschutz im Verkehr, die Finanzierung und die Leistungsstandards im ÖPNV, der Ausbau der Verkehrswegeinfrastruktur, die Entwicklung der Hafenwirtschaft sowie die verkehrspezifischen Herausforderungen, die sich aus der geopolitischen Situation der beiden Länder ergeben.

Gesprächstermine

Im September 2022 fand ein Gespräch zwischen Mitgliedern des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages sowie des **dänischen Parlaments** in Berlin statt, in dem sich die Beteiligten über verschiedene Themen, wie klimafreundliche und grenzüberschreitende Mobilität, Verkehrssicherheitsstrategien beider Länder und die künftige verkehrspolitische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark, austauschten.

Im Mai 2023 nahmen mehrere Ausschussmitglieder an dem interparlamentarischen Treffen des **Ausschusses für Verkehr und Tourismus des Europäischen Parlaments (TRAN)** in Brüssel teil, bei dem es vor allem um die Dekarbonisierung des Verkehrssektors ging.

Im Juni 2023 empfingen Ausschussmitglieder den Vorsitzenden des Infrastrukturausschusses des **mexikanischen Parlaments** Herrn Reginaldo Sandoval Flores zu einem Austausch zum Schienenwegerecht.

Im Oktober 2023 empfing der Verkehrsausschuss eine Delegation aus **Finnland** zu einem Gespräch über die Themen „Ladefrastruktur für E-Fahrzeuge“ und „Emissionsminderungsziele im Verkehrssektor“.

Im November 2023 traf sich erneut eine Delegation des Verkehrsausschusses des **dänischen Parlaments** mit dem Verkehrsaußschuss des Bundestages zu einem Gespräch in Berlin. Es wurden verschiedene Themen, wie die Verkehrsträgerübergreifende Verkehrswende und grenzüberschreitende Verkehre, besprochen.

Im Juni 2024 trafen sich Mitglieder des Verkehrsausschusses mit einer Delegation aus der **Republik Korea**, in der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Gewerkschafter ver-



treten waren. Die Delegation wolle sich über die Verkehrswende und die Schienenverkehrspolitik in Deutschland sowie über das Deutschlandticket informieren.

Im September 2024 begrüßte der Verkehrsausschuss des Bundestages erneut den Verkehrsausschuss des **dänischen Parlaments** zu einem Austausch in Berlin, in dem es um die Feste Fehmarnbelt-Querung sowie den grenzüberschreitenden Schienenverkehr ging.



Abbildung 12: Mitglieder des dänischen Folketing und des Deutschen Bundestages bei dem Treffen am 24. September 2024, © Deutscher Bundestag

Ebenfalls im September 2024 trafen Mitglieder des Verkehrsausschusses Vertreter der staatlichen **französischen Eisenbahngesellschaft SNCF** zu einem Gespräch über grenzüberschreitenden Schienenfernverkehr zwischen Deutschland und Frankreich.

Im Oktober 2024 empfingen Mitglieder des Verkehrsausschusses die Ministerin für regionale Angelegenheiten und Landwirtschaft der **Republik Estland** Piret Hartman zu einem Gespräch über das Thema „Verkehr im ländlichen Raum“.

Im November 2024 fand ein Gespräch zwischen dem **Geschäftsträger der kuwaitischen Botschaft** Abdullah Alsharrah und Ausschussmitgliedern zu verschiedenen bilateralen Fragen des Luftverkehrs statt.

Weiterhin trafen Mitglieder des Verkehrsausschusses im November 2024 Mitglieder des Nationalrates und des Ständerates der **Schweizer Bundesversammlung** zu einem Gespräch, bei dem es um grenzüberschreitende Verkehrsthemen ging.



Anhang 1 – Übersicht der Ausschussmitglieder Ordentliche Mitglieder

SPD



© Jürgen Berghahn/
Annika Reipke

Berghahn,
Jürgen



© Isabel Cademar-
tori/ Tobias Schult

Cademartori,
Isabel



© SPD-Parteivor-
stand/ Tobias Schult

Kröber,
Martin



© Thomas Lutze/
Felix Schulz

Lutze,
Thomas
(seit 11/2023)



© Jan Plobner/
Michael Schober

Plobner,
Jan



© Photothek

Schiefner,
Udo



© Uwe Schmidt/
Agentur Ostkreuz,
Maurice Weiss

Schmidt,
Uwe



© Christian Schrei-
der/Susanne Knoll

Schreider,
Christian



© DBT/ Thomas
Trutschel

Stein,
Mathias



© Anja Troff-
Schaffarzyk/Traute
Schönfeld, Leer

Troff-
Schaffarzyk,
Anja



© photothek

Martin,
Dorothee
(bis 11/2023)



CDU/CSU



© Thomas Bareiß/
Tobias Koch

Bareiß,
Thomas



© DBT/ Inga Haar

Donth,
Michael



© Martina Englhardt-
Kopf/Tobias Koch

Englhardt-
Kopf,
Martina



© Jonas Geissler/
Stefanie Rebhan

Geissler, Dr.
Jonas



© Florian Müller/
Tobias Koch

Müller,
Florian



© Tobias Koch

Ploß, Dr.
Christoph



© cmh werbeagentur

Rehbaum,
Henning



© Felix Schreiner/
Juliane Vatter

Schreiner,
Felix



© Björn Simon/
Patrick Liste

Simon,
Björn

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



© Stefan Kaminski

Gastel,
Matthias



© Stefan Gelhaar/
Julia Bornkessel

Gelhaar,
Stefan



© Susanne Menge/
Ilker Evcanc

Menge,
Susanne



© Swantje Michaelsen
/ Stefan Kaminski

Michaelsen,
Swantje



© Nyke Slawik/
Leonie Braunschweig

Slawik,
Nyke



FDP



© Valentin Abel/
Marion Aschenbach

Abel,
Valentin



© DBT/Stella von
Saldern

Griewel,
Fabian
(ab 07/2024)



© Kris Duangphung
(Krisphotography)

Lenders,
Jürgen



© Bernd Reuther/
Maike Maier
macamoca

Reuther,
Bernd



© Michael Kruse, FDP
Hamburg/ Patrick Lux

Kruse,
Michael
(bis 01/2023)



© DBT/Stella von
Saldern

Sauter,
Christian
(01/2023 bis
07/2024)

AfD



© René Bochmann/
Daniel Richter

Bochmann,
René



© Dirk Brandes

Brandes,
Dirk



© Thomas Ehrhorn

Ehrhorn,
Thomas
(ab 11/2024)



© Wolfgang Wiegle

Wiegle,
Wolfgang



© Dirk Spaniel/
Hagen Schnauss

Spaniel, Dr.
Dirk
(bis 10/2024)



Fraktion DIE LINKE. (bis 12/2023)



© Thomas Lutze/
Felix Schulz © Foto- und Bildstelle
DBT

Lutze,
Thomas Rixinger,
Bernd

Gruppe Die Linke (ab 02/2024)



© Foto- und Bildstelle
DBT

Rixinger,
Bernd*)
*) von 12/2023 bis 02/2024 beratendes Mitglied

Beratendes Mitglied



© Dirk Spaniel/
Hagen Schnauss

Spaniel, Dr.
Dirk
(ab 11/2024)



Stellvertretende Mitglieder

SPD



© Johannes Arlt/ Hans Ziermann



© SPD-Bundestagsfraktion/photothek



© DBT / Inga Haar



© photothek



© photothek

Arlt,
Johannes

Hakverdi,
Metin

Hostert,
Jasmina

Martin,
Dorothee
(ab 11/2023)

Müller,
Detlef



© photothek



© Andreas Rimkus/
Boris Schmidt



© Bernd Rützel/Stella
von Saldern



© SPD Wiesbaden/ A.
Aschenbach



© photothek
Ruf, Nadine
(ab 02/2024)
Stüwe,
Ruppert
(ab 06/2022)



© SPD-Fraktion/
photothek

Mansoori,
Kaweh
(bis 02/2024)



© Tina Rudolph/
Maximilian König

Rudolph,
Tina
(bis 06/2022)



© SPD/Susie Knoll

Schmid, Dr.
Nils
(bis 11/2023)



CDU/CSU



© Melanie Bernstein/
Marina Polovinkina

Bernstein,
Melanie
(ab 02/2023)



© Tobias Koch

Ferlemann,
Enak



© DBT/Stella von
Saldern

Koeppen,
Jens



© Ulrich Lange/ Peter
Herzig

Lange,
Ulrich



© DBT/Stella von
Saldern

Mack,
Klaus



© Florian Oßner/ Foto
Pleyer

Oßner,
Florian



© Patrick Schnieder/
Tobias Koch

Schnieder,
Patrick



© Markus Uhl/
Carsten Simon

Uhl,
Markus



© Hermann-Josef
Tebroke/Laurence
Chaperon

Tebroke, Dr.
Hermann-
Josef



© DBT/Inga Haar

*Storjohann,
Gero
† 29.01.2023*



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



© Lukas Benner/
Daniel Hofer

Benner,
Lukas



© Leon Eckert/ Katrin
Bernhard

Eckert,
Leon



© DBT/Inga Haar
Janecek,
Dieter
(ab 02/2023)



© Frkt. B90/Die Grü-
nen/ Stefan Kaminski
Liebert,
Anja



© DBT/Inga Haar
Nestle, Dr.
Ingrid



© Claudia Müller/
Arne Jeschal

Müller,
Claudia
(bis 02/2023)

FDP



© Torsten Herbst/
karsten prausse
fotodesign

Herbst,
Torsten



© Carina Konrad/
Fotostudio Eeidens-
Holl

Konrad,
Carina



Michael Kruse, FDP
Hamburg/Patrick Lux

Kruse,
Michael
(ab 01/2023)



© DBT/Stella von
Salder

Sauter,
Christian
(bis 01/2023
und erneut
ab 07/2024)



© Maximilian Funke-
Kaiser/Stefan Trocha

Funke-
Kaiser,
Maximilian
(bis 07/2024)



AfD



© Leif-Erik Holm/
Vadim Derksen
**Holm, Leif-
Erik**
(ab 01/2022)



© Rainer Kraft/ Hagen
Schnauss
**Kraft, Dr.
Rainer**



© Mike Moncsek/
Max Bachmann
**Moncsek,
Mike**



© Manfred Schiller
**Schiller,
Manfred**
(ab 11/2024)



© Thomas Ehrhorn
**Ehrhorn,
Thomas**
(bis 11/2024)



© Uwe Witt
Witt, Uwe
(bis 01/2022)

Gruppe Die Linke (ab 02/2024)



© Die Linke MV/Jörn
Schulz
**Latendorf,
Ina**

Faktion DIE LINKE. (bis 12/2023)



© Ates Gürpinar/ Olaf
Krostitz
**Gürpinar,
Ates**



© Die Linke MV/Jörn
Schulz
**Latendorf,
Ina**



Anhang 2 – Federführend überwiesene Gesetzentwürfe und Anträge

Titel	Drs. Beschluss-empfehlung	Dossier
Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsge- setzes	20/14304	DIP-Vorgang
Antrag der Fraktion der CDU/CSU Bundesverkehrswegeplan 2030 zügig umsetzen - Straße als Hauptver- kehrsträger stärken	20/13719	DIP-Vorgang
Antrag der Fraktion der CDU/CSU Rechtssicherheit schaffen und für mehr Gerechtigkeit sorgen - Keine Be- nachteiligung einzelner Berufsgruppen durch die Erweiterung der Lkw- Maut ab 1. Juli 2024	20/13609	DIP-Vorgang
Antrag der Fraktion der CDU/CSU Technologieoffener Klimaschutz im Straßenverkehr – Kein Verbot des klimaneutralen Verbrennungsmotors	20/13608	DIP-Vorgang
Antrag der Fraktion der CDU/CSU Damit Mobilität nicht zum Luxus wird – Für einen bezahlbaren Auto- führerschein	20/13399	DIP-Vorgang
Antrag der Fraktion der CDU/CSU Stärkung des Luftverkehrsstandortes Deutschland – Für angemessene Standortkosten, effiziente Abfertigung und sichere Arbeitsplätze	20/13319	DIP-Vorgang
Antrag der [...] Fraktion der AfD Einführung einer gesetzlichen Haftpflichtversicherung für die Binnen- schifffahrt	20/13060	DIP-Vorgang
Antrag der Fraktion der CDU/CSU Binnenschifffahrt stärken	20/12656	DIP-Vorgang
Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zum Schienenlärmenschutz (SchläirmschG)	20/11995	DIP-Vorgang
Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgeset- zes und weiterer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften	20/11666	DIP-Vorgang
Antrag der Fraktion der CDU/CSU Für die Vision Zero und gegen die Erhöhung des Cannabis-Grenzwertes im Straßenverkehr		DIP-Vorgang
Antrag der Fraktion der CDU/CSU Nationale Hafenstrategie fertigstellen – Finanzierung verbindlich zusagen	20/11447	DIP-Vorgang
Unterrichtung durch die Bundesregierung Bericht über das Ergebnis der Vorplanung und der frühen Öffentlichkeits- beteiligung ABS Paderborn – Halle (Kurve Mönchehof – Ihringshausen) „Kurve Kassel“	20/10660	DIP-Vorgang
Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des DWD-Gesetzes	20/10428	DIP-Vorgang
Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesschienenwege- ausbaugesetzes	20/10414	DIP-Vorgang



Titel	Drs. Beschluss-empfehlung	Dossier
Antrag der Fraktion der CDU/CSU Schiene in die Zukunft führen – Deutsche Bahn AG neu aufstellen	20/10413	DIP-Vorgang
Antrag der [...] Fraktion der AfD Die Deutsche Bahn AG zielgerichtet und wirkungsvoll reformieren		DIP-Vorgang
Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes	20/10412	DIP-Vorgang
Antrag der Fraktion der CDU/CSU Der Bundesminister für Digitales und Verkehr muss sein Versprechen einlösen – Kein Verbot des klimaneutralen Verbrennungsmotors	20/10359	DIP-Vorgang
Antrag der Fraktion der CDU/CSU Mobilität im öffentlichen Personennahverkehr und Schienenpersonennahverkehr für alle gestalten - Barrierefreiheit sichern	20/9611	DIP-Vorgang
Antrag der [...] Fraktion der AfD Vorschläge der Europäischen Kommission für einen möglichen Führerscheinentzug für Personen über 70 Jahre im EU-Ministerrat ablehnen	20/9203	DIP-Vorgang
Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/1187 über die Straffung von Maßnahmen zur rascheren Verwirklichung des transeuropäischen Verkehrsnetzes	20/8922	DIP-Vorgang
Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes	20/8896	DIP-Vorgang
Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung mautrechtlicher Vorschriften	20/8894	DIP-Vorgang
Antrag der [...] Fraktion DIE LINKE. Straßenbau auf den Prüfstand - Vorrang für den Ausbau der Schiene	20/7711	DIP-Vorgang
Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Verkehrsstatistikgesetzes und des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetzes	20/7621	DIP-Vorgang
Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Transportlogistik für Deutschland sichern – Mit fairen Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen im Straßengüterverkehr	20/7482	DIP-Vorgang
Antrag der Fraktion der CDU/CSU Güterverkehrs- und Logistikbranche aus der Krise führen		DIP-Vorgang
Antrag der Fraktion der CDU/CSU Umsetzung der Empfehlungen der Beschleunigungskommission Schiene	20/7386	DIP-Vorgang
Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes an die Verordnung (EU) 2021/782 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2021 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr	20/7146	DIP-Vorgang
Antrag der Fraktion der CDU/CSU Den Bus als Schlüssel für eine alltagstaugliche und klimafreundliche Mobilität stärken	20/7039	DIP-Vorgang



Titel	Drs. Beschluss-empfehlung	Dossier
Antrag der [...] Fraktion der AfD Kabotage modernisieren – Einheimische Transportunternehmen vor unerlaubtem Preisdumping schützen	20/6982	DIP-Vorgang
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren an Brücken auf Bundesfernstraßen	20/6947	DIP-Vorgang
Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 27. Januar 2021 über die Internationale Organisation für Navigationshilfen in der Schifffahrt	20/6755	DIP-Vorgang
Antrag der Fraktion der CDU/CSU Hafenstandort Deutschland stärken	20/6754	DIP-Vorgang
Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 7. Februar 2020 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Angola über den Luftverkehr	20/6753	DIP-Vorgang
Antrag der Fraktion der CDU/CSU Bezahlbare und klimafreundliche Mobilität fördern - Klimaneutrale Kraftstoffe im Verkehr nutzen	20/6570	DIP-Vorgang
Antrag der Fraktion der CDU/CSU A 100 fertig bauen	20/6440	DIP-Vorgang
Antrag der [...] Fraktion DIE LINKE. A 100 qualifiziert beenden		DIP-Vorgang
Antrag der Fraktion der CSU/CSU Fahrradland Deutschland – Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans	20/6186	DIP-Vorgang
Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Übereinkommens über die Internationale Seeschifffahrts-Organisation	20/6159	DIP-Vorgang
Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes	20/6018	DIP-Vorgang
Antrag der [...] Fraktion DIE LINKE. Null-Euro-Ticket für Studierende, Auszubildende und Schülerinnen und Schüler	20/6017	DIP-Vorgang
Antrag der [...] Fraktion DIE LINKE. Preiserhöhung im öffentlichen Personennahverkehr verhindern – Neun-Euro-Ticket verlängern – Anschlussregelung ab 2023 sicherstellen	20/5886	DIP-Vorgang
Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung schifffahrtsrechtlicher Vorschriften	20/5569	DIP-Vorgang
Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes	20/4872	DIP-Vorgang
Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung von Gesetzen und Verordnungen an die neue Behördenbezeichnung des Bundesamtes für Güterverkehr	20/4870	DIP-Vorgang
Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes	20/4476	DIP-Vorgang



Titel	Drs. Beschluss-empfehlung	Dossier
Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zu der Änderungsvereinbarung vom 8. August 2019 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China zum Abkommen vom 5. Mai 1995 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Hongkong über den Fluglinienverkehr	20/4346	DIP-Vorgang
Antrag der [...] Fraktion DIE LINKE. Tempolimit einführen	20/4297	DIP-Vorgang
Antrag der [...] Fraktion der AfD Vergabe der Start- und Landerechte an deutschen Flughäfen reformieren und unnötige Flüge vermeiden	20/4138	DIP-Vorgang
Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes (10. FStrÄndG)	20/1887	DIP-Vorgang
Antrag der [...] Fraktion DIE LINKE. Neun-Euro-Ticket verlängern - Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs beschleunigen	20/1885	DIP-Vorgang
Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes	20/1847	DIP-Vorgang